

# LANDES MITGLIEDER VERSAM- MLUNG 2016

22./23. Oktober 2016  
Lutherbla Wittenberg

Wie kann man  
sich nur so  
hart Sitzungs-  
sozialismus  
gönnen?

1

## 2 INHALTSVERZEICHNIS

3

4 1. How-to-LMV? Kurz und knapp

5 2. Organisatorisches

6 3. Tagesordnung & Zeitplan

7 4. Geschäfts- und Wahlordnung

8 5. Rechenschaftsbericht des LSPR

9 6. Anträge an die Landesmitgliederversammlung

10 a) Satzungsanträge

11 b) Sachanträge

12 7. Kandidaturen

13 a) 1 Kandidat\*in für die Landesliste der Partei DIE LINKE für die Bundestagswahl  
14 2017

15 b) Mitglieder des Landessprecher\*innenrats

16 c) 1 jugendpolitischer Sprecher\*in

17 d) 2 Delegierte für den Länderrat der Linksjugend [‘solid]

18 e) 10 Delegierte für den Bundeskongress der Linksjugend [‘solid]

19 f) 2 Delegierte für den Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

20 g) 2 Mitglieder des Landesausschuss der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

21 8. Weiteres

22 a) Wichtige Tipps

23 b) Anreise

24 c) Abkürzungsverzeichnis

25

## 26 1. HOW-TO LMV? KURZ UND KNAPP

27

28 **Aufgabe einer LMV**

1 Die Landesmitgliederversammlung (LMV) ist das höchste beschlussfassende Gremium  
2 der Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt. Hier treffen sich die Mitglieder und  
3 Sympathisant\*innen des Landesverbandes, diskutieren Grundsätzliches und wählen ihre  
4 Vertreter\*innen in Gremien. Gewählt wird meist bei der “normalen” LMV im November  
5 jedes Jahres, während die im Frühling stattfindende Sonder-LMV stärker der  
6 inhaltlichen Debatte und möglichen Nachwahlen dient.

7

## 8 **Debatte**

9

10 Debatten kann es zu einem bestimmten Tagesordnungspunkt bzw. zu einem Antrag  
11 geben. Bei einer Antragsdebatte gibt es eine Für- und eine Gegenrede, danach wird  
12 abgestimmt (es sei denn, jemand stellt einen GO-Antrag auf Öffnung der Debatte). Zu  
13 bestimmten TOP gibt es aber auch eine Generaldebatte. Hier kann unbegrenzt debattiert  
14 werden - allerdings in der dafür vorgesehenen Zeit. Bei Debatten ist die Redezeit zwar  
15 grundsätzlich auf 2 Minuten begrenzt, allerdings kann auch das per GO-Antrag (siehe  
16 unten) verlängert werden.

17

## 18 **Redeliste & Quotierung der Redeliste**

19

20 Die Tagesleitung führt eine Redeliste und diejenigen, die sich melden, werden der Reihe  
21 nach aufgerufen. Dazu gibt es allerdings noch die Quotierung: Nach einer männlichen  
22 Person ist immer eine weibliche\* dran und umgekehrt. Deshalb verschieben sich  
23 manche Redebeiträge nach hinten. Da es unabhängig vom Geschlecht auch  
24 Vielredner\*innen und Stillere gibt, quotieren wir auch hier, weshalb Erstredner\*innen  
25 vorgezogen werden. Die Quote nach Geschlecht geht allerdings vor.

26

## 27 **Quotierung bei Funktionen**

28

29 Das Prinzip findet sich natürlich auch in unserem Wahlsystem wieder. Um  
30 sicherzustellen, dass mindestens 50% Nicht-Männer in einem Gremium sitzen, wählen  
31 wir doppelt. 50% der Plätze werden über eine Frauen\*-Liste gewählt (Liste zur  
32 Sicherung der Mindestquotierung), 50% dann über eine gemischte Liste, für die sich  
33 jede\*r melden kann. Diese Regel kann nur gebrochen werden, wenn das Frauen\*plenum  
34 das vorschlägt, danach stimmt das gesamte Plenum darüber ab. Das gilt für alle festen  
35 Funktionen, also Mitglied im LSpR, Delegationen etc. Für nur zeitweilig auftretende  
36 Aufgaben gilt das nicht, streben eine Quotierung aber immer an. Wir wollen z.B. keine  
37 Tagungsleitung in der nur Männer sitzen.

38

## 39 **Frauen\*plenum**

40

41 Das Frauen\*plenum tagt mindestens einmal auf jeder LMV. Dieses Plenum soll einen  
42 möglichst geschützten Raum für Frauen\* bieten und kann von jedem weiblichen\*  
43 Mitglied verlangt werden. Nur dort kann die Aufhebung der Quote vorgeschlagen  
44 werden und am Ende wird dem gesamten Plenum ein anonymisiertes Protokoll mit den  
45 Ergebnisse des Frauen\*plenums vorgelesen. Die Männer verlassen während des  
46 Frauen\*plenums den Versammlungsraum. Hier arbeiten wir an einem Weg, wie die  
47 Beschäftigung mit Sexismus und Feminismus auch den Männern währenddessen  
48 möglich gemacht werden kann.

49

## 1 **Awareness-Team**

2

3 Um den vernünftigen Umgang miteinander sicherzustellen, ist natürlich zuerst jede\*r  
4 Einzelne gefragt. Leider kann es auch bei uns zu Übergriffen kommen, weshalb wir eine  
5 Instanz brauchen, an die sich die Opfer wenden können. Dafür steht das "Awareness-  
6 Team". Es wird am Anfang der LMV gewählt und hat die Aufgabe, dem Opfer eines  
7 Übergriffes zur Seite zu stehen und weiteren Schaden zu verhindern. Dabei geht es für  
8 das Awareness-Team weniger darum, "die Wahrheit" über einen Vorfall herauszufinden  
9 oder den\*die mutmaßliche\*n Schuldigen zu sanktionieren, sondern darum, dem Opfer  
10 zu helfen. Es gibt allerdings verschiedene Awareness-Konzepte und bis jetzt haben wir  
11 uns jenseits der Grundaufgaben noch nicht für ein spezielles entschieden.

12

## 13 **Pausenregelung**

14

15 Grundlegend soll es alle 90 Minuten eine Pause geben. Aufgrund fruchtbarer Debatten  
16 kann dies durch die Tagesleitung verschoben werden. Möchte ein Mitglied eine Pause  
17 beantragen, dann sollen beide Zeigefinger rechts und links vom Körper erhoben werden,  
18 damit ein Antrag an die Geschäftsordnung (in dem Fall „Pause von X Minuten“) gestellt  
19 wird.

20

## 21 **Tagesordnung**

22

23 Die Tagesordnung, zumeist als „TO“ abgekürzt, ist der Fahrplan für die Versammlung.  
24 Hier werden in Reihenfolge die Punkte aufgeführt über die debattiert und abgestimmt  
25 wird, die einzelnen Punkte werden als Tagesordnungspunkte bezeichnen und "TOP"  
26 abgekürzt. Die Planung erfolgt im Idealfall vor Beginn der Mitgliederversammlung, wird  
27 aber am Anfang der Versammlung beschlossen und kann mit einem GO-Antrag aber  
28 wieder verändert werden.

29

## 30 **Geschäftsordnung(santräge)**

31

32 Die Geschäftsordnung wird oft als "GO" abgekürzt. Hier wird alles geregelt, was den  
33 Umgang auf der LMV betrifft. Sogenannte GO-Anträge (**angezeigt durch in-die-Luft-  
34 Strecken der Zeigefinger, sodass die Arme ein V bilden**) sind keine Sachanträge,  
35 sondern beziehen sich auf die GO und damit meist auf die Art, wie die Versammlung  
36 verläuft. Beliebte GO-Anträge sind: Antrag zur Begrenzung der Redezeit auf X Minuten,  
37 Öffnung der Redeliste, Abbruch der Debatte, Eröffnung einer Generaldebatte,  
38 Verschieben/Vorziehen eines Tagesordnungspunktes. Gegen einen GO-Antrag darf  
39 einmal geredet werden, danach wird abgestimmt. Wenn niemand dagegen reden  
40 möchte, gilt er als angenommen.

41

## 42 Weitere Hinweise:

43

44 **Persönliche Erklärung:** ein Statement außerhalb der Debatte, was auf fünf Minuten  
45 begrenzt ist. Jede\*r kann jederzeit eines abgeben und z.B. wichtige Hinweise geben oder  
46 die Debattenkultur kritisieren. Die Persönliche Erklärung wird nicht kommentiert oder  
47 diskutiert.

48

1 **Gendern:** Geschlechtergerechte Schreibweise: statt Sympathisanten (was nur Männer  
2 einschließt), schreiben wir Sympathisant\*innen (was Männer, Frauen\* und alle anderen  
3 Geschlechter durch das \* einbezieht). Und da es eben mehr als zwei Geschlechter gibt,  
4 bzw. sich Menschen nicht zuordnen wollen/können, wird das Wort Frauen\* auch gerne  
5 mit dem Zusatz \* geschrieben, was alle Nicht-Männer meint. Diskutiert wird deshalb  
6 auch, ob das Frauen\*plenum **FLTI\***(FrauenLesbenTransInter\*)-plenum genannt werden  
7 oder ein eigenes Queer-Plenum eingerichtet werden sollte.  
8

9 **Stumme Zustimmung:** Wenn Mitglieder ihre Hände neben dem Kopf zittern lassen, so  
10 soll dies Zustimmung zum Gesagten darstellen.  
11

12 **LSpR:** Landessprecher\*innenrat, wird auf der November-LMV gewählt und vertritt die  
13 Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt während der LMVen  
14 **LMV:** Landesmitgliederversammlung (siehe oben)  
15

16 **BSpR:** Bundessprecher\*innenrat, wird auf dem Bundeskongress gewählt und vertritt die  
17 Linksjugend [‘solid] auf Bundesebene  
18

19 **BuKo:** Bundeskongress, ähnlich einer LMV auf Bundesebene, aber nur die vorher in den  
20 einzelnen Landesverbänden gewählten Delegierten haben Stimmrecht  
21 **LaVo:** Landesvorstand, soll die jeweilige Organisation ähnlich wie der LSpR vertreten,  
22 hat aber mehr Befugnisse als ein Sprecher\*innenrat. Wenn bei uns vom LaVo geredet  
23 wird, ist meist der Landesvorstand der Linkspartei in Sachsen-Anhalt gemeint. Analog  
24 verhält es sich mit dem **BuVo**, dem Bundesvorstand  
25

26 **LPT:** Landesparteitag, meist der Linkspartei Sachsen-Anhalt gemeint. Wir haben zwei  
27 Delegierte, die wir auf der November-LMV wählen. Auf dem **BPT** (Bundesparteitag)  
28 stellt der Bundesverband der Linksjugend [‘solid] Delegierte  
29

30 **TeKo:** Telefonkonferenz, findet inzwischen oft im Internet als Skype-, Teamspeak- oder  
31 Mumble-Konferenz statt und ist für Gremien, wie z.B. für den LSpR, eine gute  
32 Möglichkeit, Sachen zu besprechen ohne sich bewegen zu müssen  
33

34 **Verteiler:** Sammlung von Mail-Adressen. Wir haben den  
35 Aktivist\*innenverteiler/Aktivverteiler, in den sich bitte alle Menschen, die sich über den  
36 Landesverband informieren wollen, eintragen lassen  
37

38 **LAK:** Landesarbeitskreis, ein Zusammenschluss von Mitglieder der Linksjugend [‘solid],  
39 die sich gemeinsam einem Themenspektrum widmen wollen. Auf Bundesebene gibt es  
40 die **BAKs**. In Sachsen-Anhalt gibt es z.B. den LAK Shalom oder den LAK Drachenbrut  
41

42 **JuKo:** Jugendkoordinator\*in, ein Mensch, der von der Partei dafür bezahlt wird, dem  
43 Jugendverband bei organisatorischen Fragen zu helfen  
44

45 **JuPo:** jugendpolitische\*r Sprecher\*in, ein Mensch, der von uns für den LaVo nominiert  
46 und auf dem LPT hoffentlich gewählt wird. Sichertgestellt wäre eine Vertretung der  
47 Jugend im jeweiligen LaVo mit einem festen Platz für eine\*n Jugendpolitische\*n  
48 Sprecher\*in  
49

1 **Lefty:** Maskottchen des Jugendverbandes und feuriges Signal gegen weit verbreitete  
2 Drachenfeindlichkeit

3  
4 **Schiedskommission:** Kontrollinstanz, prüft ob alles im Verband korrekt, d.h.  
5 satzungskonform zugeht. Auf Bundesebene gibt es die Bundesschiedskommission, auf  
6 der Landesebene haben wir im Moment keine

7  
8 **Mitglieder:** Wir haben aktive und passive Mitglieder. Aktiv sind diejenigen, die bewusst  
9 in die Linksjugend [‘solid] eingetreten sind, passiv diejenigen, die unter 35 Jahren alt  
10 und Mitglieder der Linkspartei sind. Vor und während der LMV gibt es aber die  
11 Möglichkeit seine\*ihre Mitgliedschaft zu “aktivieren”, uns also ganz offiziell beizutreten.

12  
13 **Sympathisant\*innen:** alle diejenigen, die weder aktiv noch passiv bei uns Mitglied sind,  
14 aber unseren Grundsätzen zustimmen. Sie sind auf jeder LMV willkommen und dürfen  
15 ebenfalls sofort beitreten. Die LMV kann ihnen darüber hinaus das aktive Wahlrecht  
16 übertragen

17  
18 **Wahlrecht:** aktives und passives. Das aktive Wahlrecht ist das Recht zu wählen, das  
19 passive Wahlrecht ist das Recht, sich wählen zu lassen

20  
21 **Tagesleitung:** auch Tagungspräsidium oder Sitzungsleitung genannt. Wird am Anfang  
22 der LMV gewählt, regelt die Debatte, nimmt Menschen dran, ruft TOPs auf etc.

23  
24

## 25 2. ORGANISATORISCHES

26

### 27 **Wo findet die LMV statt?**

28 Die Landesmitgliederversammlung 2016 findet im **Mehrgenerationenhaus Wittenberg** in  
29 der **Sternstraße 14** statt.

30

### 31 **Übernachten, aber wie?**

32 Da die LMV auch über zwei Tagen stattfindet braucht ihr ganz sicher eine  
33 Übernachtungsmöglichkeit. Unsere Genoss\*innen aus Wittenberg haben dazu zwei  
34 Schlafräume im Mehrgenerationenhaus sowie in der „Morgenröte“ organisiert. Bitte  
35 denkt an Isomatten und Schlafsäcke.

36

### 37 **Was ist mit der Verpflegung?**

38 Gibt es regelmäßig (und wie immer kostenlos bzw. gegen Spende), ob omnivor, vegan  
39 oder vegetarisch. Gebt eure Wünsche und Hinweise auf Allergien einfach bei der  
40 Anmeldung an.

41

### 42 **Die Kosten für die Fahrt sind zu viel?**

43 Kein Problem – wir erstatten euch die Kosten für die günstigste Fahrt mit dem  
44 öffentlichen Personennahverkehr. Soweit Fahrgemeinschaften bei Fahrten mit PKW  
45 bestehen, können auch diese erstattet werden.

46

### 47 **Ihr wollt auch für Gremien kandidieren oder einen Antrag einreichen?**

1 Schickt uns eure Kandidaturen mit Namen, für was ihr kandidieren wollt, eine kurze  
2 Beschreibung wie euer bisheriges Engagement aussah bzw. welche Vorstellungen ihr für  
3 die Zukunft des Jugendverbandes habt. Ein Bild mit einzubinden ist natürlich auch  
4 möglich. Weitere Infos findet ihr auch unter dem Punkt 7 des Antragshefts u.a. Was  
5 muss ich bei Anträgen beachten, an wen sende ich Kandidaturen usw. Bitte schickt eure  
6 Kandidaturen bzw. Anträge an die Adresse: [kontakt@linksjugend-lsa.de](mailto:kontakt@linksjugend-lsa.de).

7  
8  
9

### 3. TAGESORDNUNG & ZEITPLAN

10

11 **Die Eröffnung der 12. LMV ist am Samstag, den 22.10.2016, um 11:00 Uhr. Der**  
12 **erste Tag endet voraussichtlich um 20 Uhr. Am nächsten Tag starten wir mit einem**  
13 **Frühstück. Die Diskussionen, Wahlen und Beratungen werden dann ab 11 Uhr**  
14 **fortgesetzt.**

15

#### **Samstag**

17 10 Uhr Frühstück, Anreise

18 11 Uhr Anfang: Konstituierung der LMV, Wahl der Kommissionen & der Tagesleitung,  
19 GO-Beschluss

20 12 Uhr Anträge des LAK Bundespolitik

21 13 Uhr Mittagspause

22 14 Uhr Anträge des LAK Bundespolitik

23 14:30 Uhr Frauen\*plenum & Feminismus-Workshop

24 16:30 Uhr Pause

25 17 Uhr Programm (und Sachanträge, die dieses betreffen)

26 20 Uhr Schluss

27

#### **Sonntag**

29 10 Uhr Frühstück

30 11 Uhr Beginn, gegebenenfalls Programm sonst Sachanträge

31 WAHLEN

32 12 Uhr Vorstellung Jugendkandidat\*innen BTW

33 13 Uhr Wahl Jugendkandidatur BTW

34 14 Uhr Mittagspause

35 15 Uhr Vorstellung Kandidat\*innen & Wahl LSPR

36 16 Uhr Wahlen Länderrat, Landesparteiausschuss, BuKo-Delegation, Landesparteitag

37 18 Uhr Sach- und Satzungsändernde Anträge

38 20 Uhr Schluss

39

40

### 4.1 WAHLORDNUNG

42

#### **I. Wahlrecht**

44 Alle aktiven Mitglieder der Linksjugend ['solid] Sachsen- Anhalt haben das aktive und  
45 passive Wahlrecht. Passive Mitglieder haben das aktive Wahlrecht. Sympathisant\*innen

1 kann durch Beschluss der Landesmitgliederversammlung (LMV) das aktive Wahlrecht  
2 übertragen werden. Personenwahlen finden immer in freier und geheimer Wahl statt.

3

## 4 **II. Wahlkommission**

5 Die LMV bestimmt für die Durchführung von Wahlen eine Wahlkommission. Dieser  
6 können auch Gäste der LMV angehören. Ihre Mitglieder dürfen jedoch nicht selbst für  
7 ein Mandat kandidieren.

8

## 9 **III. Quotierung**

10 Es können nicht mehr männliche als nicht-männliche Personen in ein Gremium gewählt  
11 bzw. entsendet werden. Hiervon abweichende Regelungen können nur auf Vorschlag  
12 des Frauen\*plenums mit einer Zweidrittelmehrheit der LMV getroffen werden.

13 Jede Wahl ist zu gliedern in die Wahl einer Liste zur Sicherung der Mindestquotierung  
14 und die Wahl für die gemischte Liste. Wer bei der Wahl der Liste zur Sicherung der  
15 Mindestquotierung nicht gewählt wurde, soll die Möglichkeit haben, erneut für die  
16 gemischte Liste zu kandidieren.

17

## 18 **IV. Aufstellung der Listen**

19 Kandidaturen können bis zur Schließung der jeweiligen Liste angezeigt werden. Bereits  
20 bekannte Kandidaturen sind in alphabetischer Reihenfolge zu behandeln.

21 Jede\*r Kandidat\*in hat eine Redezeit zur Vorstellung von drei Minuten. Für Fragen und  
22 Statements zu Kandidaturen wird jeweils eine Redezeit von einer Minute eingeräumt.

23 Nach der Vorstellung der Kandidat\*innen wird die Liste in offener Abstimmung durch  
24 die LMV geschlossen, woraufhin die Erstellung und Verteilung der Wahlzettel durch die  
25 Wahlkommission erfolgt.

26

## 27 **V. Gestaltung der Wahlzettel**

28 Wahlzettel zur Wahl einer Liste haben grundsätzlich die gleiche Farbe, Größe und  
29 Schrift. Auf den Wahlzetteln ist die Bezeichnung der Wahl und die maximale Anzahl der  
30 "Ja"-Stimmen zu vermerken. Die Auflistung der Kandidaturen erfolgt in alphabetischer  
31 Reihenfolge. Für jeden Kandidaten muss mit „Ja“, „Nein“ und „Enthaltung“ gestimmt  
32 werden können.

33

## 34 **VI. Wahlergebnisse**

35 Die Bekanntgabe der Wahlergebnisse durch die Wahlkommission ist sofort zuzulassen.  
36 Dabei sind sowohl die Enthaltungen, „Ja“- sowie „Nein“-Stimmen anzugeben, sowie wer  
37 gewählt wurde. Gewählt ist, wer mindestens die „Ja“-Stimmen von 50% der Wählenden  
38 auf sich vereint. Bei Stimmgleichheit ist eine Stichwahl durchzuführen, soweit sich die  
39 Kandidat\*innen nicht anderweitig einigen.

40

## 41 **VII. Gültigkeit von Wahlzetteln und Wiederholung des Wahlvorganges**

42 Wahlzettel sind ungültig, wenn mehr Stimmen abgegeben wurden, als maximal möglich  
43 waren, bzw. der Wähler\*innenwille durch die Wahlkommission nicht eindeutig  
44 erkennbar ist. Nicht abgegebene Stimmen gelten als Enthaltung. Ist das Quorum einer  
45 Wahl nicht erreicht bzw. liegt Stimmgleichheit vor, wobei weniger Ämter als  
46 Kandidat\*innen vorhanden sind, erfolgt eine Wiederholung der Wahl. Soweit sich  
47 hieraus kein anderes Ergebnis ergibt, reicht im dritten Wahlgang die einfache Mehrheit  
48 der Stimmen aus.

49

1 **VIII. Dokumentation von Wahlen**

2 Die Wahlergebnisse sind im Protokoll zur LMV bzw. als Beilage zum Protokoll der LMV  
3 fest zu halten. Die originalen Wahlzettel werden in der Geschäftsstelle archiviert.

5 **IX. Nachwahl, Wahlwiederholung und Wahlanfechtung**

6 Die Wahl ist bei offensichtlichen Fehlern im Verfahren während des Wahlganges bzw.  
7 unmittelbar nach Bekanntgabe der Ergebnisse zu wiederholen. Werden Fehler im  
8 Verfahren erst nach Abschluss des Tagungstages festgestellt, kann diese Wahl bei der  
9 Bundesschiedskommission angefochten werden. Die Anfechtung hat keine  
10 aufschiebende Wirkung. Begründete Wahlanfechtungen sind innerhalb von zwei  
11 Wochen bei der Schiedskommission anzuzeigen. Nachwahlen sind auf allen LMVen  
12 möglich.

14 **X. Ersatzmandate für Delegierte und entsandte Mitglieder**

15 Für Delegiertenmandate sowie Mitglieder, welche in Gremien der Partei DIE LINKE.  
16 Sachsen-Anhalt entsandt werden, können Ersatzdelegierte/-mitglieder gewählt  
17 werden. Die Wahl erfolgt im Rahmen des jeweiligen Wahlganges. Die Mandate werden  
18 in der Reihenfolge der Wahlergebnisse besetzt. Bei Ersatzdelegierten/-mitgliedern ist  
19 keine absolute Mehrheit erforderlich.

22 **4.2 GESCHÄFTSORDNUNG**

24 **XI. Stimmrecht und Beschlussfähigkeit**

25 Die LMV ist beschlussfähig, wenn sie satzungsgemäß einberufen wurde. Alle  
26 anwesenden Veranstaltungsteilnehmer\*innen haben Antrags- und Rederecht. Durch  
27 Beschluss der LMV kann Sympathisant\*innen das Stimmrecht - ausgenommen für  
28 Satzungsanträge - und das aktive Wahlrecht übertragen werden. Ein Beschluss ist  
29 gefasst, wenn er mehr „Ja“ - als Nein-Stimmen erhält.

31 **XII. Tagungsgremien**

32 Die Landesmitgliederversammlung (LMV) wählt in offenen und getrennten  
33 Abstimmungen die Tagesleitung, Antragskommission, Wahlkommission und alle  
34 weiteren für die Durchführung dieser LMV erforderlichen Gremien. Die Aufstellung  
35 erfolgt vor der Landesmitgliederversammlung. Zur Unterstützung der Tagung können  
36 Mitglieder zur Mandatsprüfung benannt werden. Die Tagesleitung leitet die  
37 Verhandlung der LMV gemäß der beschlossenen Tagesordnung und hat die Aufgabe:

- 38  
39 - Verfahrensfragen zu klären  
40 - bei Überschreitung der Redezeit das Wort zu entziehen,  
41 - Rednerinnen zur Sache zu rufen,  
42 - die Verhandlung bei Störungen zu unterbrechen,  
43 - die Abstimmungen aller Anträge zu leiten,  
44 - Anfragen zuzulassen,  
45 - Gästen das Wort zu erteilen,  
46 - die Kandidat\*innenlisten aufzunehmen,



- 1 - die Redner\*innenliste nach Erst- und Zweitredner\*innen, sowie nach Geschlecht zu  
2 quotieren,  
3 - ein Verlaufsprotokoll zu führen

4

### 5 **XIII. Ablauf der Debatte**

6 Die Debatte verläuft entsprechend der beschlossenen Tagesordnung. Wortmeldungen  
7 sind der Tagesleitung anzuzeigen. Dies ist innerhalb der Debatte per Handzeichen oder  
8 schriftlich unter Angabe des Tagesordnungspunktes, zu dem das Wort gewünscht wird,  
9 möglich. GO-Anträge und Bekanntgaben der Wahlkommission haben Vorrang. Die  
10 Redezeit beträgt bei bei Debattenbeiträgen grundsätzlich zwei Minuten. Auf Antrag  
11 eines\*r Teilnehmer\*in der Landesmitgliederversammlung kann eine längere Redezeit  
12 beschlossen werden. Persönliche Erklärungen außerhalb der Debatte sind auf fünf  
13 Minuten begrenzt.

14

### 15 **XIV. Frauen\*plenum**

16 Auf Antrag einer\*s nicht-männlicher\*n stimmberechtigten Teilnehmer\*in kann ein  
17 Frauen\*plenum einberufen werden. Alle männlichen Teilnehmer müssen den  
18 Tagungsraum verlassen. Die Tagung wird für die Dauer des Frauenplenums  
19 unterbrochen. Nach Ende des Frauen\*plenums werden die Ergebnisse des  
20 Frauen\*plenums bekannt gegeben. Die Mehrheit eines Frauen\*plenums kann ein Veto  
21 einlegen. Dieses Veto hat einmalig aufschiebenden Charakter und führt zu einer  
22 erneuten Verhandlung des Sachverhaltes.

23

### 24 **XV. Geschäftsordnungsanträge**

25 Ein Geschäftsordnungsantrag kann jederzeit von stimmberechtigten Teilnehmer\*innen  
26 gestellt werden. Ein Antrag an die Geschäftsordnung wird signalisiert durch das Heben  
27 beider Arme. Es kann jeweils ein\*e Teilnehmer\*in dafür und dagegen sprechen. Danach  
28 wird der Geschäftsordnungsantrag sofort abgestimmt, sofern kein weiterer  
29 Geschäftsordnungsantrag gestellt wird. Geschäftsordnungsanträge können sich auf alle  
30 Verfahrensfragen richten, insbesondere auf:

31

- 32 a) Feststellung der Beschlussfähigkeit,  
33 b) Vertagung der LMV (erfordert 2/3 Mehrheit der anwesenden Teilnehmerinnen), c)  
34 befristete Unterbrechungen der Tagung,  
35 d) Veränderungen der Tagesordnung,  
36 e) Schluss der Debatte (nur bei Überschreitung des Zeitplanes),  
37 f) Schluss der Redner\*innenliste (nur bei Überschreitung des Zeitplanes),  
38 g) Beschränkung der Redezeit (nur bei Überschreitung des Zeitplanes),  
39 h) Wiederaufnahme der Sachdiskussion,  
40 i) begrenzter Ausschluss der Öffentlichkeit (erfordert 2/3 Mehrheit der anwesenden  
41 stimmberechtigten Teilnehmerinnen). Werden mehrere Geschäftsordnungsanträge  
42 gestellt, erfolgt ihre Abstimmung in der gestellten Reihenfolge. Werden mehrere  
43 Geschäftsordnungsanträge zum gleichen Gegenstand gestellt, wird der weitestgehende  
44 zuerst abgestimmt.

45

### 46 **XVI. Sachanträge**

47 Die Tagesleitung bestimmt die Reihenfolge der Behandlung der Sachanträge. Bei  
48 verschiedenen Sachanträgen zum gleichen Gegenstand ist der weitestgehende zuerst zu  
49 behandeln. Bei konkurrierenden bzw. unvereinbaren Sachanträgen zum gleichen

1 Gegenstand ist gegebenenfalls durch Alternativabstimmung zu entscheiden, welcher  
2 Antrag der weiteren Behandlung zu Grunde gelegt wird. Soweit ein Antrag, auch nach  
3 Änderung, nach Vorschlag der Tagesleitung an den LSpR zu verweisen ist, muss  
4 hierüber abgestimmt werden. Gegebenenfalls ist die Weitergabe an die  
5 Schiedskommission zu beschließen. Es kann jeweils eine Für- und eine Gegenrede  
6 eingebracht werden. Die Redezeit ist entsprechend zu beachten.  
7

## 8 **XVII. Form und Fristen**

9 Anträge sind schriftlich bis spätestens einen Tag vor der Landesmitgliederversammlung  
10 dem Landessprecher\*innenrat mitzuteilen. Änderungsanträge können ausnahmsweise  
11 auch noch auf der Landesmitgliederversammlung gestellt werden, soweit sie sich aus  
12 der Debatte ergeben. Dringlichkeitsanträge sind jederzeit möglich – über den Zeitpunkt  
13 der Einbringung entscheidet die Tagesleitung. Diese können auch durch Unterstützung  
14 von 25% der anwesenden Teilnehmer\*innen auf der LMV eingebracht werden.  
15  
16

## 17 **5. RECHENSCHAFTSBERICHT DES LSPR**

18  
19 Liebe Genoss\*innen,  
20

21 da wir bereits zur Landesmitgliederversammlung (LMV) vom 16. bis zum 17. April einen  
22 Zwischen-Rechenschaftsbericht herumgeschickt hatten, würden wir uns in diesem vor  
23 allem auf das konzentrieren, was danach gelaufen ist. Die LMV im April, die relativ gut  
24 besucht war und viele produktive und interessante Diskussionen mit sich brachte, gab  
25 dem Landessprecher\*innenrat einige umzusetzende Beschlüsse mit.  
26

### 27 Beschlüsse der Landesmitgliederversammlung im April:

28  
29 So stellten die Teilnehmer\*innen fest, dass sich die Linksjugend auch gegenüber der  
30 Partei dafür einsetzen sollte, AfD-Wähler\*innen nicht zu verharmlosen, sondern in  
31 ihrem Rassismus ernst zu nehmen. Damit sollte der Tendenz begegnet werden, die  
32 Wahlentscheidung für die menschenfeindliche Partei als „sozialen Protest“ und „Schrei  
33 nach Hilfe“ ohne rechte Motivation abzutun. Diese Positionierung brachten wir  
34 einerseits auf den Parteitag der LINKEN, wo wir es in wesentlichen Punkten schafften,  
35 den dortigen Leitantrag in unserem Sinne zu verändern. Andererseits wendeten wir ihn  
36 praktisch an, in dem wir eine Boykottaktion gegen ein Podium mit Beteiligung der AfD-  
37 Jugendorganisation in Magdeburg organisierten. Hier weigerten sich die Linksjugend als  
38 einzige Jugendorganisation der Normalisierung der AfD und ihrer noch offen rechter  
39 agierenden „Jungen Alternative“ (JA) Vorschub zu leisten. Dafür erhielten wir einiges an  
40 Kritik und konnten unseren Plan, Jusos und Grüne Jugend zur Absage des Podiums zu  
41 bewegen, nicht umsetzen, setzten aber ein klares Zeichen, was im progressiven Lager  
42 auch angekommen ist. So diskutierten Mitglieder der Grünen Hochschulgruppe  
43 Magdeburg mit uns und schlossen sich unserem Boykott sogar an. Auch die  
44 Veranstalter\*innen mussten sich mit unseren Positionen auseinandersetzen und bei  
45 Facebook sammelten sich etliche Antworten von potentiellen Zuschauer\*innen, von  
46 Grünen und Jusos an. Bezeichnend war auch, dass das größte Thema auf der  
47 Podiumsdiskussion selber unser Boykott war, den die Junge Union in Einklang mit der

1 JA mit erwartbar schwachen Argumenten als undemokratisch und grundfalsch  
2 stigmatisieren wollte.

3  
4 Neben der Auseinandersetzung mit der AfD stand für uns aber auch die  
5 Auseinandersetzung mit ähnlichen Ideologien bzw. ihren Träger\*innen im Programm,  
6 weshalb wir – ebenfalls in Umsetzung von LMV-Beschlüssen – zu Protesten gegen den  
7 antisemitischen Al-Quds-Marsch nach Berlin mobilisierten und mit unserem  
8 Linksjugend-Transpi recht prominent vertreten waren und mehrmals für die  
9 Beteiligung an Anti-Nazi-Protesten in der halleschen Neustadt warben. Ähnliches galt  
10 für die Proteste gegen das neu-rechte „Institut für Staatspolitik“ am 16.9. in Schnellroda.  
11 Hier blieb es leider nur bei einem Facebook-Post, auch wenn wir gerne mehr gemacht  
12 hätten. Es würde wahrscheinlich lohnen, wenn zukünftige Landessprecher\*innenräte  
13 dieses Projekt im Auge behalten würden.

14  
15 Auf oben erwähntem Parteitag wurde auch der auf der LMV beschlossene Antrag  
16 „Friedenspolitik statt Isolationismus“ eingebracht, welcher aber relativ deutlich  
17 abgeschmettert wurde. Andere Beschlüsse, wie die Schüler\*innendemo im Juni sind  
18 ebenfalls umgesetzt worden. Hier ging es vor allem darum, das herrschende  
19 Bildungssystem zu kritisieren und unsere Forderung nach Abschaffung von Noten an die  
20 Öffentlichkeit zu tragen. Leider wurde aus der geplanten Demo im Endeffekt nur eine  
21 Art Kundgebung, da die Beteiligung zu gering war. Dazu ging aber bereits ein  
22 entsprechender Bericht herum. Außerdem haben wir dem Landesvorstand der Partei  
23 unsere auf der LMV beschlossene Forderung nach einer höheren Stundenzahl für unsere  
24 Jugendkoordination übermittelt und sind in erste Verhandlungen eingetreten. Dies  
25 bleibt aber ein Problem, was der nächste Landessprecher\*innenrat verstärkt angehen  
26 sollte.

27  
28 Nicht umgesetzt hat der LSpR den Beschluss, die Kommunikation des Landesverbandes  
29 zu diversifizieren. So bemühen wir uns zwar, alle unsere Inhalte und Ankündigungen  
30 nicht nur auf Facebook, sondern eben auch per Mail und auf der Homepage zu  
31 publizieren (und durch den weiterhin monatlich erscheinenden Newsletter), haben es  
32 aber nicht in Angriff genommen, weitere alternative, sichere und nicht-kommerzielle  
33 Kommunikationsmöglichkeiten zu suchen. Hier sind wir noch nicht auf einen Anbieter  
34 gestoßen, der dem Landesverband aus unserer Sicht ein alternatives und  
35 voraussichtlich gut benutztes Forum bieten kann. Das lag auch an der sonstigen  
36 anfallenden Arbeit und wahrscheinlich ebenfalls an dem fehlenden technischen Know-  
37 How im LSpR selber.

38  
39 Landesjugendtreffen:

40  
41 Unser diesjähriges Landesjugendtreffen fand vom 9. bis zum 11. September in  
42 Blankenburg statt. Unserer Ansicht nach lief es, trotz großer anfänglicher Probleme (so  
43 hatten wir es zum Beispiel verplant, frühzeitig das KiEZ Friedrichsee zu buchen und  
44 mussten deshalb nach Blankenburg ausweichen) und einem hohen Arbeitsaufwand für  
45 Einzelne, ohne große Einschränkungen ab und konnte wie die Jahre zuvor Entspannung,  
46 Spaß und politische Bildung miteinander verknüpfen. Auch wenn wir dieses Jahr nicht  
47 so viele Zeitschienen füllen konnten, da Referent\*innen zu spät angefragt wurden oder  
48 spontan absagen mussten, sind fast alle Workshops erfolgreich über die Bühne  
49 gegangen. Darunter waren sowohl sehr theoretische, als auch praktische. Problematisch

1 war die Dominanz von Einsteiger\*innen-Formaten, weil für die „Expert\*innen“ im  
2 betreffenden Gebiet, dann nur bereits Bekanntes oder die Praxis blieb. Bedauerlich war  
3 auch, dass der Feminismus-Workshop – als einziger – ausfallen musste, weil nicht genug  
4 Menschen daran teilnahmen. Natürlich gab es noch einen gut besuchten Workshop zu  
5 rechter Esoterik parallel dazu und viele brauchen wahrscheinlich auch keinen Einstieg  
6 in den Feminismus mehr, allerdings wurde der Wunsch, Feminismus als  
7 Schwerpunktthema zu wählen und diesen einsteiger\*innenfreundlich beim  
8 Landesjugendtreffen zu bearbeiten explizit auf der LMV geäußert. Ansonsten können  
9 wir uns aber nur für die Teilnahme und für die von einigen geleistete Hilfe bei der  
10 Organisation bedanken. Bis jetzt wird vor allem die Abrechnung erledigt, näheres dazu  
11 findet ihr im folgenden Finanzbericht.

12

### 13 Ortsgruppen/Kreisverbände:

14

15 In unserer Wahlperiode haben wir uns bemüht intensiven Kontakt zu den einzelnen  
16 Gruppen vor Ort zu halten. Das ist mal weniger gut geglückt und mal mehr. Feststellen  
17 lässt sich, dass wir unsere Sitzungen in einigen verschiedenen Kreisen hatten und uns  
18 dabei mit den örtlichen Genoss\*innen ausgetauscht haben. Dass war uns vor allem bei  
19 neu hinzugekommenen Gruppen wichtig, wie zum Beispiel der Linksjugend in  
20 Wittenberg. Neben Wittenberg ist auch im Harz eine neue Gruppe entstanden, während  
21 im Burgenlandkreis gerade etwas in Planung ist und von uns unterstützt wird.  
22 Insgesamt haben wir mit Halle, Magdeburg, Harz, Wittenberg, Stendal, Dessau und den  
23 zu diesem Zeitpunkt in Planung befindlichen Gruppen im Burgenlandkreis und in der  
24 Börde nun deutlich mehr Ortsgruppen als früher, auch wenn sie natürlich  
25 unterschiedlich aktiv sind und – wie es in diesem Verband auch nicht selten ist –  
26 teilweise auch immer wieder kurz vor dem Ende stehen. Als LSpR können wir nur  
27 immer wieder Hilfe anbieten und die Existenz der Gruppen prüfen, damit im Zweifelsfall  
28 auch etwas Neues gegründet werden kann.

29

### 30 Landesarbeitskreise (LAKs) & Arbeitsgruppen (AGs):

31

32 Neben den einzelnen Gruppen hat der Landesverband auch AGs und LAKs, die wir  
33 ebenfalls betreuen wollten. Auch wenn auf dem Papier mehr LAKs Teil der Linksjugend  
34 Sachsen-Anhalt sind, sind im Moment „nur“ der LAK Shalom, der LAK Drachenbrut und  
35 der LAK Bundespolitik aktiv. Bei den Arbeitsgruppen sieht die Aktivität etwas anders  
36 aus, denn mit der AG Awareness gibt es eine Gruppe, die zwar von einigen wenigen  
37 Menschen getragen wird, aber zum Landesjugendtreffen sogar eine eigene Zeitschiene  
38 besetzen konnte. Außerdem existiert die AG Feminismus, die sich bereits Gedanken  
39 über Konzepte für Veranstaltungsformate gemacht hat, allerdings noch nichts davon  
40 umsetzen konnte. Die dritte AG, die sich dem Kampf gegen die AfD widmen sollte, ist  
41 trotz Budget und LMV-Beschluss nicht über die rudimentäre Planung hinausgekommen.  
42 Leider haben wir das Vorantreiben dieser AG inzwischen aufgrund anderer Prioritäten  
43 eingestellt.

44

### 45 Arbeit im Landessprecher\*innenrat:

46

47 Parallel dazu, dass relativ viele Vorhaben umgesetzt werden konnten und wir bei neuen  
48 Ortsgruppen und halbwegs aktiven LAKs und AGs Fortschritte machen, haben wir im  
49 letzten Jahr natürlich auch immer wieder Probleme gehabt und bereits auf der letzten

1 LMV diskutiert. Zum einen hat der LSpR mit einigen engagierten Mitgliedern viele  
2 Aktionen nahezu für sich selbst gemacht. Der Jugendwahlkampf im März ist dafür  
3 genauso ein Beispiel wie die versuchte Schüler\*innendemo im Juni. Ähnliches trifft auch  
4 auf die Rückmeldequote beim Newsletter des Landesverbandes zu oder auch auf die  
5 Beteiligung in landesweiten Zusammenschlüssen. Auf dem Landesjugentreffen wurde  
6 bereits angedeutet, dass der Landesverband eben wenige Ressourcen hat und man sich  
7 in Zukunft darauf einstellen sollte, dass das politische Geschehen eben auf der Ebene der  
8 Ortsgruppen stattfinden wird (oder eben nicht). Ob das dem Landesverband gerecht  
9 wird, werden die zukünftige Entwicklung und die Praxis des nächsten LSpRs zeigen.

10  
11 Zum anderen gab es neben den Problemen zwischen LSpR und „Basis“ auch genauso  
12 viele Probleme im LSpR selber, was ebenfalls bereits auf der letzten LMV geschildert  
13 wurde. Zum Anfang der Wahlperiode hatte der relativ neu zusammengesetzte LSpR  
14 große Probleme damit, Aufgaben zu verteilen und Verbindlichkeiten herzustellen. Dazu  
15 trug auch bei, dass eine Größe von zehn Mitglieder, das Organisationschaos eher  
16 vergrößern als verkleinern kann. Wenn immer jemand bei einer Telefonkonferenz fehlt,  
17 weil es unmöglich ist einen gemeinsamen Termin zu finden oder man sich aus guten  
18 Gründe darauf glaubt verlassen zu können, dass sich schon noch eine\*r finden wird,  
19 dann kommt es leicht zu einer Verwässerung von Verantwortlichkeiten und Menschen  
20 finden gar nicht mehr in die Arbeit herein und verbringen ihre Zeit damit, die  
21 gegenwärtige Entwicklung nachzuvollziehen.

22 Dafür spricht auch, dass die Hälfte aller Mitglieder des LSpR bis jetzt zurückgetreten ist,  
23 denn vor allem wurde als Grund die hohe Arbeitsbelastung angegeben. Obwohl zehn  
24 Menschen theoretisch die Arbeitsbelastung für jedes einzelne Mitglied minimieren  
25 sollten, hat die Gremiengröße die Arbeit aus den erwähnten strukturellen Gründen  
26 oftmals eher vermehrt.

27  
28 Dazu kommt, dass die dringend notwendige Arbeit am Ende nicht selten von wenigen  
29 Personen übernommen wurde. Mit der Schrumpfung des LSpR wurde die Belastung für  
30 Einzelne natürlich höher, allerdings wurden Absprachen und Abstimmungen einfacher  
31 und die Arbeit wurde eher verteilt als angehäuft. Allerdings bleibt festzustellen, dass  
32 auch jetzt keine besonders gleiche Verteilung erreicht wurde. Hier sollten sich künftige  
33 Mitglieder überlegen, wie sie einen fairen Ausgleich schaffen können. Vor allem aber  
34 sollten sich die gegenwärtigen Kandidat\*innen überlegen, ob sie Lust haben und in der  
35 Lage sind ungefähr zehn Stunden pro Woche kontinuierlich für den Jugendverband zu  
36 investieren.

37  
38 Ausblick:

39  
40 Als scheidender LSpR bemühen wir uns um eine sinnvolle Sicherung der gemachten  
41 Erfahrungen, die den neuen Mitgliedern die Arbeit erleichtern sollen, wozu zum Beispiel  
42 gehört, dass wir der LMV eine LSpR-Größe von sechs Personen vorschlagen. Dabei  
43 werden wir vor allem auf die laufenden wichtigen Projekte hinweisen, die wir  
44 angestoßen, aber nicht zu Ende gebracht haben. Dazu gehört die Gründung eines  
45 „Ringes politischer Jugend“ (RPJ) auf Landesebene, wofür die gewählten RPJ-Menschen  
46 bereits mehrfach mit den Vertreter\*innen der anderen progressiven Jugendverbände  
47 kommuniziert haben. Hier werden die zukünftigen Delegierten genauso dranbleiben  
48 müssen, wie ein zukünftiger LSpR das begleiten sollte.

49

1 Außerdem sollten die Verhandlungen mit der Partei über die Struktur und die Rechte  
2 des Jugendverbandes weitergeführt werden. Hier haben wir wie erwähnt bereits  
3 versucht zusätzliche Stunden für unsere Jugendkoordination herauszuholen. Neben  
4 unserem Wunsch, mehr Delegierte auf Parteitag zu stellen, eine\*n jugendpolitische  
5 Sprecher\*in in den Landesvorstand zu entsenden (auch wenn wir bereits einen JuPo  
6 haben, ist seine\*ihre Wahl eben nicht gesichert) und gute und gesicherte Plätze für  
7 unsere Jugendkandidat\*innen zu bekommen, ist das ein Thema, was weiter bearbeitet  
8 werden sollte. Hierzu können die von uns angestrebten regelmäßigen Gespräche  
9 zwischen LSpR und geschäftsführendem Landesvorstand unter Umständen hilfreich  
10 sein.

11  
12 Inhaltlich wird den Landesverband – nicht unwahrscheinlich auch in Konfrontation zu  
13 Teilen der Partei – höchstwahrscheinlich die Auseinandersetzung mit  
14 menschenfeindlichen Tendenzen in der LINKEN selbst weiterhin begleiten. Hier wäre  
15 vor allem die mögliche Spitzenkandidatur von Sahra Wagenknecht zu nennen, die wir  
16 als Fraktionsvorsitzende in der letzten Wahlperiode massiv und unter Einsatz von  
17 Tortenwürfen (auf ein LSpR-Mitglied) kritisiert hatten.

## 18 19 **Rechenschaftsbericht Finanzen Linksjugend Sachsen-Anhalt**

20  
21 **Erscheint im Antragsheft II**

22  
23  
24

## 6. ANTRÄGE AN DIE LANDESMITGLIEDERVERSAMMLUNG

### 25 A) SATZUNGSANTRÄGE

#### 26 27 **S1 Gleichstellung & Frauenplenum**

28 *Antragssteller\*innen: Michael Waßmann, Pia Schillinger*

29  
30

Die LMV möge beschließen:

31  
32  
33

Der Abschnitt „Gleichstellung“ der Satzung der Linksjugend [solid] Sachsen-Anhalt wird wie folgt verändert:

34  
35  
36

#### *§ 15 Gleichstellung*

37 (1) Bei Wahlen müssen Gremien, Delegationen und ähnliche Positionen im Ergebnis  
38 mindestens zur Hälfte mit Frauen, Inter- und Trans\*personen besetzt werden.

39 (2) Absatz 1 gilt nur, wenn inklusive vorheriger Wahlgänge mehr als eine Position  
40 besetzt wird. Abweichungen von Absatz 1 können nur auf Vorschlag des Frauen-, Inter-  
41 und Trans\*plenums der entsprechenden Wahlversammlung mit einer  
42 Zweidrittelmehrheit beschlossen werden.

43 (3) Frauen, Inter- und Trans\*personen haben das Recht, innerhalb des Verbandes eigene  
44 Strukturen aufzubauen.

45

46 Die aktuellen §§ 16 ff. sind entsprechend in ihrer Nummerierung zu verändern, um  
47 einen neuen § 16 einzufügen:

1 §16 Frauen-, Inter-, Trans\*plenum

2

3 (1) Jedes weibliche oder inter- oder trans\*Mitglied eines Gremiums oder einer  
4 Versammlung hat das Recht jederzeit ein Frauen-, Inter- und Trans\*plenum  
5 einzuberufen.

6 (2) Während des Frauen-, Inter- und Trans\*Plenums müssen alle Männer den Raum  
7 verlassen. Es kann mit einstimmigen Beschluss auch die Anwesenheit von Männern  
8 erlauben. Diese haben kein Rederecht. Männer müssen den Raum ab dem Zeitpunkt  
9 wieder verlassen, ab dem eine Frau oder Inter- oder Trans\*person dies verlangt.

10 (3) Das Frauen-, Inter- und Trans\*plenum kann einmalig ein begründetes Veto gegen  
11 einen Beschluss einlegen, der daraufhin erneut verhandelt werden muss.

12 Begründung:

13 Die umfangreichen Änderungen haben verschiedene Gründe bzw. Ziele:

14 Die Satzung nimmt jetzt die Existenz von Menschen nicht-binären Geschlechtes zur  
15 Kenntnis.

16

17 Durch die Möglichkeit, das Frauen-, Inter- und Trans\*plenum für Männer zu öffnen, wird  
18 der Beschluss des Frauenplenums der letzten Landesmitgliederversammlung  
19 umgesetzt.

20

21 Die Quotenregelung wird (hoffentlich) etwas klarer, insofern, dass es um die Gesamtzahl  
22 nicht nur der Mitglieder eines Gremiums, sondern auch von Delegationen und ähnlichen  
23 Positionen geht wie bspw. Jugendkandidat\*innen oder die (Kandidat\*innen für die)  
24 Vertretung des JV im LaVo, im Länderrat, im Landesausschuss etc.. Auch dass nicht die  
25 jeweilige Wahl, sondern das Ergebnis entscheidend ist, also nicht 1 Mann und 1 Frau\* in  
26 ein Gremium nachgewählt werden können, das bereits zu wenige Frauen hat, aber 2  
27 Männer in ein Gremium, das zur Hälfte +2 mit Frauen besetzt ist. Die explizite  
28 Erweiterung insbesondere auf Delegationen entspringt auch Erfahrungen aus dem  
29 letzten BuKo. Die „Absatz 1 gilt nicht, wenn ...“-Regelung soll nur festhalten, dass wenn  
30 nur 1 Position gewählt wird – also bspw. 1 Jugendkandidat\*in oder 1 Vorschlag für den  
31 LaVo – hier natürlich auch 1 Mann gewählt werden kann. Im Wesentlichen war vieles  
32 davon ohnehin gängige Praxis.

33

34 Die Möglichkeit zur Einschränkung der Quote wurde an die Bundessatzung angepasst,  
35 die dafür eine 2/3-Mehrheit vorsieht, allerdings ohne den Vorrang der Entscheidung des  
36 Frauen, Inter- und Trans\*Plenums in dieser Frage zu streichen, sodass die Hürde in  
37 unserem Landesverband jetzt „doppelt hoch“ ist, was aber nichts Schlechtes ist.

38 Die Wirkung des Vetos des Frauen, Inter- und Trans\*plenums wurde an die  
39 Bundessatzung angepasst, insofern nicht mehr eine 2/3-Mehrheit, sondern nur eine  
40 neue Beschlussfassung nötig wird, um das Veto zu überschreiben. Die Verschiebung von  
41 notwendigen Mehrheitsverhältnissen erscheint als eine nicht mit der Bundessatzung  
42 vereinbare Einschränkung demokratischer Prinzipien, denen nach jede Stimme gleiches  
43 Gewicht haben muss, allerdings je nach Größe des Frauen- Inter- und Trans\*Plenums  
44 bspw. 1/3 der Versammelten eine Beschlussfassung durch 2/3 minus eins verhindern  
45 und damit das eigene Stimmgewicht faktisch verdoppeln könnten.

46 Bezüglich der Bezeichnung kann auch das im Verband gängigere FLTI (Frauen, Lesben,  
47 Trans- und Inter\*) verwendet werden (auch wenn einer der Antragssteller\*innen nicht  
48 ganz versteht, was die eigenständige Bedeutung des L gegenüber dem F wäre, sich aber

1 diesbzgl. gerne eines besseren belehren lässt), sofern ein entsprechender ÄA gestellt  
2 wird.

3  
4 Das konsequente Ausschreiben sollte in jedem Fall beibehalten werden.  
5

6

## 7 **S2 Recht auf Pause**

8 *Antragssteller\*innen: Pia Schillinger, Michael Waßmann*  
9

10 Die LMV möge beschließen:

11

12 Die Satzung der Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt wird nach „Rechte und Pflichten  
13 von Mitgliedern“ um den Punkt

14 „*Recht auf Pause*

15

16 Jedes Mitglied eines Gremiums bzw. jede\*r Teilnehmer\*in einer Versammlung kann eine  
17 Pause von wenigstens siebeneinhalb Minuten verlangen, wenn die letzte Pause von  
18 wenigstens siebeneinhalb Minuten bzw. der Beginn der Versammlung bzw. Sitzung  
19 mehr als neunzig Minuten zurückliegen.“

20

21 ergänzt.

22

### 23 Begründung:

24

25 Diese Satzungsänderung ist nötig, um das Individualrecht auf Sitzungssozialismus mit  
26 menschlichem Antlitz zu ermöglichen. Dieses sollte auch nicht den Befindlichkeiten  
27 einfacher Mehrheiten in Gremien und Versammlungen schutzlos ausgeliefert sein. Wenn  
28 der LAK „Arbeit ist Pause, Pause ist Arbeit“ in seiner Gesamtheit keine Lust auf Pause  
29 hat, steht es ihm aber nach wie vor frei, einvernehmlich 18 Stunden durchzuarbeiten.  
30

31

32

## B) SACHANTRÄGE

33

### 34 **A1 Bundespolitische Leitlinien der Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt**

35

36 Die LMV möge beschließen:

37

38 Die folgenden Forderungen sind die inhaltlichen Grundlagen für die Vorbereitung der  
39 Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt auf die Bundestagswahl 2017, insbesondere für die  
40 Jugendkandidatur und einen möglichen Jugendwahlkampf, die jeweils kein Selbstzweck  
41 bleiben, sondern Mittel sein sollen, um auf die Umsetzung konkreter Forderungen und  
42 Ziele hinzuwirken. Das heißt explizit nicht, dass diese Leitlinien sofern sie am Ende der  
43 Antragsdebatte beschlossen werden, in der Form, in der sie beschlossen wurden,  
44 veröffentlicht und beworben werden müssen.  
45

46

47 # Die mit # gekennzeichneten „Entwicklerkommentare“ sind nicht Teil der  
48 Beschlussfassung, sondern sollen allein dem besseren Verständnis der Leser\*innen des  
Antrags dienen.



1 # **[Fett gedruckte und in eckige Klammern gesetzte]** Textstellen sollen von der  
2 Landesmitgliederversammlung als Alternativabstimmung entschieden werden.

## 4 **Demokratie & Mitbestimmung**

### 6 #Mitbestimmung

- 7 • Wahlrecht ohne Altersbegrenzung: Jeder Mensch soll unabhängig vom Alter
- 8 wählen und gewählt werden dürfen, sobald er\*sie sich dafür bereit fühlt.
- 9 • Jeder in Deutschland lebende Mensch soll an allen Wahlen und Abstimmungen
- 10 auf Bundes- Landes- und Kommunalebene teilnehmen dürfen.
- 11 • Die 5%-Hürde bei Bundestagswahlen soll abgeschafft werden.
- 12 • Auf Bundesebene sollen Bevölkerungsentseide eingeführt werden.
- 13 • Petitionen sollen nicht nur im Petitionsausschuss bzw. in den Fachausschüssen,
- 14 sondern bei einer Unterstützung von 100.000 Personen auch im Plenum des
- 15 Bundestages behandelt werden müssen.

### 17 # Demokratiebildung

- 18 • Politische Bildung und Demokratiebildung sollen gefördert werden, weil eine
- 19 Demokratie mündige Bürger\*innen braucht.
- 20 • Demokratieprojekte sollen dauerhaft gefördert werden. Wir brauchen eine
- 21 verlässliche und starke Zivilgesellschaft statt kurzfristiger Förderungen, die sich
- 22 nur an der öffentlichen Aufmerksamkeit für bestimmte Themen orientieren.
- 23 • Alle Mitarbeiter\*innen des öffentlichen Dienstes sollen an verpflichtenden
- 24 Weiterbildungen im Bereich politische Bildung und Demokratie teilnehmen, weil
- 25 demokratisches Bewusstsein auf Dauer nur durch Bildung es eine demokratische
- 26 Mitte gibt und an ihren Seiten "extremistische" Ränder, bei denen sich Rechts und
- 27 Links wenig voneinander unterscheiden, soll in öffentlichen Institutionen keine
- 28 Anwendung mehr finden. Menschenfeindliches Gedankengut existiert quer durch
- 29 das politische Spektrum und muss überall bekämpft werden.

### 31 # Bundestag / Bundesregierung

- 32 • Alle Veröffentlichungen des Bundestages und der Bundesregierung, aber auch
- 33 alle politische und juristische Kommunikation, inklusive der entsprechenden
- 34 Webauftritte, sollen in einfacher Sprache, in verschiedenen Fremdsprachen und
- 35 barrierefrei zur Verfügung stehen.
- 36 • Ausschusssitzungen des Bundestages sollen grundsätzlich öffentlich gehalten, im
- 37 Internet übertragen und öffentlich zugänglich archiviert werden.
- 38 • Bundestagsabgeordnete sollen ihre Nebenverdienste exakt offenlegen müssen.
- 39 • Mithilfe eines Lobbyregisters sollen die Fraktionen und Minister\*innen offen
- 40 legen, wem sie wann Zugang zum Bundestag bzw. Bundesbehörden und -
- 41 ministerien einräumen.

### 43 # historische Notwendigkeiten

- 44 • Streiks sollen nicht nur zur Durchsetzung ökonomischer, sondern auch
- 45 politischer Interessen erlaubt werden.
- 46 • Der Tag des alliierten Sieges über Nazideutschland, der 8. Mai, soll gesetzlicher
- 47 Feiertag werden.
- 48 • Der internationale Frauen\*tag, der 8. März, soll gesetzlicher Feiertag werden.

- Bei Neubelegungen von Feiertagen sollen emanzipatorische Kriterien ausschlaggebend sein. Von gesellschaftlicher Unterdrückung betroffene Gruppen und ihr Kampf gegen diese sind besonders zu würdigen.

## Arbeit & Soziales

### # Arbeit

- Der Mindestlohn muss angehoben werden, um (Alters)Armut trotz Arbeit zu verhindern und soziale, sowie politische Teilhabe, Mobilität und einige der schönen Dinge des Lebens zu ermöglichen. Er soll ausnahmslos gelten, also auch für Langzeitarbeitslose, Geflüchtete, Auszubildende, Häftlinge, Beschäftigte in Behindertenwerkstätten, Praktikant\*innen und FSJler\*innen.
- Die Arbeitszeit soll bei vollem Lohnausgleich von 40 Stunden auf höchstens 30 Stunden pro Woche verkürzt werden. Der Mindestlohn muss entsprechend angepasst werden.
- Der Zoll soll auch gegen Diskriminierung bei der Entlohnung von Frauen vorgehen.
- Leiharbeiter\*innen sollen bei gleicher Arbeit drei Mal so viel verdienen, wie Festangestellte im gleichen Unternehmen, um Lohndumping zu verhindern und feste Arbeitsverhältnisse zu fördern. Sie sollen im Übrigen für die Dauer ihrer Beschäftigung die gleichen Rechte genießen wie die Festangestellten.
- Sachgrundlos befristete Arbeitsverhältnisse sollen verboten werden. Entfällt der Grund für die Befristung, ist das befristete Arbeitsverhältnis in ein unbefristetes umzuwandeln.
- Im öffentlichen Dienst soll es keine befristeten Stellen mehr geben dürfen.
- # Der Bund kann hier runterregeln, sodass es auch für die Länder gilt
- Für Führungspositionen in Unternehmen soll eine Frauenquote von 50% gelten. Frauen sollen das Recht haben, bei einem Verstoß gegen diese Quote, die entsprechende Position einzuklagen.

### # Gewerkschaft

- Der Gründung von Betriebsräten oder anderen Organisationsformen zur Wahrung von Arbeitnehmer\*inneninteressen entgegenzuwirken, soll strafbar sein.
- Das Tarifeinheitsgesetz soll wieder rückgängig gemacht werden.

### # Soziales

- Jede\*r soll ein Bedingungsloses **Grundeinkommen [Alternativabstimmung: in Form einer Sozialdividende oder in Form einer negativen Einkommenssteuer]** erhalten, das gegen Armut schützt, soziale wie politische Teilhabe, ein Mindestmaß an Mobilität und einige der schönen Dinge im Leben ermöglicht. Bis dahin:

# Dissens hier allein über die Frage, was man besser erklären kann; beide Modelle sind effektiv das Gleiche

- Hartz IV soll durch eine sanktionsfreie Grundsicherung für alle ersetzt werden, die dem gleichen Anspruch genügen soll wie das Bedingungslose Grundeinkommen und jede\*n, Arbeitslose ebenso wie Rentner\*innen, Kinder, Studierende oder Geflüchtete, gegen Armut schützen soll.

- 1 # Kindergeld wird momentan angerechnet, daher Vereinheitlichung auf eine  
2 gemeinsame Grundsicherung sinnvoll
- 3 ○ Die Arbeitsämter sollen Weiterbildungen, Kurse, Beratungen und  
4 Anstellungen nach dem „Fördern statt Fordern“-Prinzip auf freiwilliger  
5 Basis an jede\*n Interessierte\*n vermitteln.
  - 6 ○ Jede\*r soll in einheitliche gesetzliche Sozialversicherungen einzahlen,  
7 ohne Trennung nach Berufsgruppen oder der Quelle des Einkommens und  
8 ohne Beitragsbemessungsgrenzen, um Geringverdiener bei  
9 Lohnnebenkosten zu entlasten und Kassenleistungen zu verbessern.
- 10 # Differenzierung innerhalb bspw. der Krankenkasse sollen auch verhindert werden
- 11 • Wohnen soll ein Grundrecht sein. Der Bund soll Länder und Kommunen bei der  
12 Schaffung von günstigem Wohnraum unterstützen und sozialer Segregation  
13 entgegenwirken. Er soll sich finanziell und organisatorisch am sozialen  
14 Wohnungsbau beteiligen.
  - 15 • Das Gesetz zur Mietpreisbremse soll vollständig überarbeitet werden, damit es  
16 dem Anspruch vor überhöhten Mieten zu schützen, gerecht wird.
- 17
- 18 # Bildung
- 19 • Im Zuge einer Föderalismusreform soll der Bund die nötigen Kompetenzen  
20 erhalten, um Noten abzuschaffen.
  - 21 • Bis dahin soll er wenigstens Mindeststandards für Bildungsinhalte, den Rahmen  
22 für eine Vereinheitlichung des Bildungssystems und die Vergleichbarkeit von  
23 Abschlüssen schaffen. Zu diesen Mindeststandards muss auch gehören, über  
24 Arbeitnehmer\*innenrechte aufzuklären.
  - 25 • Unternehmen sollen in die Pflicht genommen, aber auch dabei unterstützt  
26 werden, die individuelle Qualifikation von Bewerber\*innen festzustellen, statt  
27 sich auf Titel und Urkunden zu verlassen.
  - 28 • Für nicht berufs- bzw. unterrichtsbezogene Bildungsangebote sollen  
29 Bildungstage geschaffen werden, die Arbeits- und Unterrichtsfreistellungen  
30 ermöglichen.
  - 31 • Wer sich in demokratischen Gremien oder ehrenamtlich gemeinwohlorientiert  
32 engagiert, soll zu diesem Zweck von Arbeit, Studium und Schule freigestellt  
33 werden können.
- 34
- 35 # Wirtschaft allgemein
- 36 • Bei der Vergabe von Subventionen sollen verstärkt soziale, ökologische und  
37 inklusive Kriterien gelten. Grundsätzlich sollen Staatsfinanzen für die  
38 Grundversorgung aufgewandt werden, also nur unter dieser Maßgabe für  
39 Unternehmen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen allein genügt hierfür nicht.
  - 40 • Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors mit der Option der beruflichen  
41 Weiterbildung.
- 42
- 43 # Steuern und Finanzen
- 44 • Alles Einkommen einer Person soll gleich besteuert werden, unabhängig von  
45 seiner Quelle.
  - 46 • Die Mehrwertsteuer soll als "Flat Tax", die Geringverdiener stärker belastet,  
47 abgeschafft werden.

- 1 • Die Vermögen ab 1.000.000 € soll die Vermögenssteuer wieder eingeführt  
2 werden.
- 3 • Für Erbschaften soll nach einem Freibetrag von 100.000 € ein progressiver  
4 Steuersatz von bis zu [**Alternativabstimmung: 75 % oder 100%**] gelten.  
5 Unternehmen, die groß genug für einen Betriebsrat sind, sind in die Hand der  
6 Belegschaft zu überführen.
- 7 • Statt auf ihre Kosten die schwarze Null auf Bundesebene zu feiern, muss die  
8 Verteilung von Finanzen zwischen Bund, Ländern und Kommunen so neu  
9 geregelt werden, dass diese ihre Aufgaben vollständig erfüllen können. Die  
10 Schuldenbremse soll aus dem Grundgesetz gestrichen werden.

11

## 12 **Infrastruktur, Umwelt- & Netzpolitik**

13

### 14 # Prolog

15 Straßen, Schienen-, Strom-, Telekommunikations-, Abwasser-, Wasser- und  
16 Gasunternehmen sowie -netze sollen in der öffentlichen Hand bleiben bzw. in diese  
17 zurückgeführt werden. Dies soll durch ein Vergesellschaftungsgesetz ermöglicht  
18 werden.

19

### 20 # Internet

- 21 • Es soll ein Grundrecht auf Breitbandzugang durchgesetzt werden, denn das Recht  
22 auf freien Zugang zu Informationen muss in einer lebhaften Demokratie gewahrt  
23 werden. Ebenso soll dieser Zugang zum world wide web durch die Verankerung  
24 von Netzneutralität der Bevorzugung von bestimmten Daten Einhalt gebieten.
- 25 • Zur Umsetzung dieses Rechtsanspruches soll der Bund den Breitbandausbau  
26 massiv fördern.
- 27 • Statt der jetzigen WLAN-Wüste soll überall kostenloses WLAN zur Verfügung  
28 stehen, insbesondere in Regionalzügen, auf Bahnhöfen und an anderen  
29 öffentlichen Orten, dabei sollen vor allem nicht kommerzielle Projekte, wie z.B.  
30 Freifunk unterstützt werden, um ein freies digitales Datennetz zu ermöglichen.
- 31 • Eine Störerhaftung lehnen wir ab, wichtiger ist die rechtliche Verfolgung von  
32 Anbietern illegaler Angebote, anstatt Nutzer\*innen des Netzes zu kriminalisieren.
- 33 • Die Entwicklung von Software, die frei verwendet, verbreitet und verändert  
34 werden darf, soll gefördert werden.

35

### 36 # Energie

- 37 • Regenerative Energien und der dafür erforderlichen Netzausbau sind verstärkt  
38 zu fördern, wobei gefährdete Tier- und Pflanzenwelt nicht beeinträchtigt und die  
39 Einwohner\*innen eingebunden werden sollen.
- 40 • # Wir wollen coole, abgespacete spiralförmige Windkraftwerke und nicht die  
41 lammen E-Windmühlen!
- 42 • Braunkohlebergbau soll nicht mehr für die Energiegewinnung betrieben werden  
43 dürfen, weil Kohle für die chemische Industrie zwar wichtig sein kann, aber nicht  
44 umweltschädlich verbrannt werden sollte.
- 45 • Für Kohlekraftwerke soll kein Bestandsschutz mehr gelten, damit uralte Anlagen  
46 nicht ewig am Netz bleiben, während neue, umweltfreundliche Kraftwerke  
47 mangels Kosteneffizienz nicht in Betrieb genommen werden.

- Der Atomausstieg muss beschleunigt werden. Die dadurch entstehenden Kosten, ebenso wie die Kosten der Lagerung des Atommülls müssen diejenigen tragen, die Milliarden Gewinne aus der Produktion dieses Mülls gezogen haben.
- Massentierhaltung soll abgeschafft werden. Die Förderung alternativer und regionaler Produktion soll dem Tierschutz und dem regionalen Arbeitsmarkt zugutekommen, aber auch Böden schützen.

#### # Verkehr

- Der öffentliche Personennah- und fernverkehr soll insbesondere im ländlichen Raum ausgebaut werden. Die Preise im öffentlichen Personenverkehr sollen deutlich gesenkt werden.
- Statt immer mehr Autobahnen zu bauen, sollen die bestehenden Straßen, Brücken etc. in Stand gehalten bzw. im Sinne der Verkehrssicherheit modernisiert werden.
- # Bspw. durch Fördermittelvergabe des Bundes
- Kostenloser ÖPNV soll deutschlandweit in Modellprojekten getestet und umgesetzt werden.
- Der Ausbau von Fahrradwegen soll gefördert werden.
- Güterverkehr soll auf der Schiene, nicht auf der Straße stattfinden. Die LKW-Maut soll deutlich erhöht werden, um das Schienennetz für den Güterverkehr auszubauen.
- Der Arbeitsschutz für Fernfahrer soll verschärft werden: Längere Fahrten sollen nur mit zwei Fahrern, die regelmäßig wechseln müssen, angetreten werden dürfen. Fernfahrer sollen das Recht haben, ihren Arbeitstag an ihrem Wohnort zu beenden.
- Die "Infrastrukturabgabe" genannte PKW-Maut soll ersatzlos gestrichen werden.
- Auf Auto- und Bundesbahnen sollen "Öko-Spuren" für Fahrgemeinschaften, umweltfreundliche Fahrzeuge und Gregor Gysi im Wahlkampf geschaffen werden.
- # Fahrgemeinschaft ab 50% der Sitze, es sei denn ÖPNV wie Busse
- Jede Tankstelle soll auch Elektro- und Brennstoffzellenautos versorgen können müssen.
- Die Entwicklung von Alternativen zu Benzin- und Dieselfahrzeug soll gefördert werden, auch indem alle Fahrzeuge im öffentlichen Dienst entsprechend ersetzt werden.
- Auf Autobahnen soll ein Tempolimit von [**Alternativabstimmung: 160 km/h** oder **120 km/h**] gelten, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und den Zug als Fernverkehrsmittel attraktiver zu machen. Genuss-Raser sollen im Gegenzug kostenlosen Zugang zu Rennstrecken wie dem Nürburg-Ring erhalten.

#### Innen- & Sicherheitspolitik

##### # (Bundes)Polizei

- Für die bessere Aufklärung von polizeilichem Fehlverhalten sollen eine permanente, unabhängige Beschwerdestelle für Polizeigewalt und ein von den sonstigen Polizeistrukturen losgelöstes Kommissariat für interne Ermittlungen eingerichtet werden. Zu dessen Aufgaben soll unter anderem das Dokumentieren von Polizeiverhalten auf Versammlungen gehören.

- 1 • Bundespolizist\*innen sollen mit Body-Cams ausgestattet werden, die ihre
- 2 Einsätze vollständig dokumentieren sollen, denn momentan bieten oft nur
- 3 Handyvideos Schutz gegen Staatsgewalt und gegen die Kriminalisierung ihrer
- 4 Opfer. Das Videomaterial soll nur Staatsanwaltschaft, Gerichten und dem
- 5 Kommissariat für interne Ermittlungen genutzt werden dürfen und nur um
- 6 Polizeigewalt und anderes polizeiliches Fehlverhalten aufzuklären.
- 7 • Für Bundespolizist\*innen soll es eine Kennzeichnungspflicht geben. Dafür sollen
- 8 sie zu jedem Zeitpunkt, insbesondere auf Versammlungen, wechselnde, deutlich
- 9 erkennbare vierstellige Nummern tragen.
- 10 • „Verdachtsunabhängige“ Personenkontrollen, die regelmäßig bloß
- 11 hautfarbenabhängige Personenkontrollen sind und damit gegen den
- 12 Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßen, sollen verboten werden.
- 13 • Der Einsatz von Tieren gegen Menschen, auch durch die Polizei, soll verboten
- 14 werden, weil dies ein unnötiges Risiko für Mensch und Tier darstellt.
- 15 • # Tierschutzgesetz des Bundes

#### 16 # Strafrecht

- 17 • Eine Straftat darf nicht abhängig davon, ob das Opfer eine Uniform trägt oder
- 18 nicht, anders bestraft werden. Der Straftatbestand des Widerstandes gegen
- 19 Vollstreckungsbeamte ist entsprechend abzuschaffen, der unter anderem zur
- 20 Kriminalisierung friedlichen Protests genutzt wird, selbst wenn dabei niemand
- 21 zu Schaden kommt. Wenn jemand zu Schaden kommt, greifen andere
- 22 Straftatbestände.
- 23 • Öffentliche Verkehrsmittel ohne Fahrschein zu nutzen, soll keine Straftat mehr
- 24 sein. Schwarzfahren ist kein Fall für Polizei, Strafgerichte oder gar Gefängnisse.
- 25 Die zivilrechtlichen Möglichkeiten reichen für solche Fälle vollkommen aus.
- 26 Gleiches gilt für Bagatelldiebstähle.
- 27 • Der Konsum von Drogen soll legalisiert werden.
- 28 • Das Waffengesetz muss verschärft werden, um sächsische Hilfspolizist\*innen und
- 29 Neonazis vom legalen Führen von Schusswaffen auszuschließen. Auch muss der
- 30 Erwerb von leicht wieder scharf zu machenden Dekowaffen verhindert werden.
- 31
- 32

#### 33 # Transparenz und Geheimdienste

- 34 • Staatliches Handeln soll transparenter werden. Es soll bessere Informations- und
- 35 Kontrollmöglichkeiten für die Öffentlichkeit im Hinblick auf die
- 36 Verwaltungspraxis geben.
- 37 • Behördendaten wie bspw. Erhebungen oder Statistiken zu Demographie,
- 38 Infrastruktur oder Umwelt sollen, sofern der Datenschutz nicht entgegensteht,
- 39 frei im Netz zur Verfügung gestellt werden.
- 40 • In der Verwaltung soll auf Software umgestellt werden, die frei verwendet,
- 41 verändert und verbreitet werden darf.
- 42 • Wenn Menschen oder Informationen über sie in staatliche Datenbanken (wie z.B.
- 43 „Extremismus-Dateien“) eingetragen werden, sollen die Betroffenen
- 44 unaufgefordert darüber benachrichtigt werden.
- 45 • Der Verfassungsschutz soll abgeschafft werden! Stattdessen soll eine
- 46 wissenschaftlich arbeitende Informations- und Dokumentationsstelle sowohl
- 47 dem Staat als auch der Zivilgesellschaft beim Kampf gegen rassistische,

1 neonazistische und andere menschenfeindliche Umtriebe beratend zur Seite  
2 stehen. Bis dahin:

- 3 ○ Das Ende des unsäglichen V-Mann-Systems, das mehr zum  
4 Lebensunterhalt von Nazis beiträgt, als zum Schutz von Verfassung oder  
5 Grundrechten.
- 6 ○ Das generelle Ende von „Bildungsveranstaltungen“ des  
7 Verfassungsschutzes insbesondere an Schulen, bei denen er nur seine  
8 Extremismus-Doktrin gewordene Ahnungslosigkeit präsentiert.
- 9 ○ Der BND soll sich nach den Gesetzen, nicht die Gesetze nach dem BND  
10 richten:
- 11 ○ Die Legalisierung bisher illegaler Aktivitäten des BND, nur weil er sich an  
12 diese Verboten nicht gehalten hat, soll zurückgenommen werden.
- 13 ○ Das parlamentarische Kontrollgremium soll vollständige Einsicht in alle  
14 Aktivitäten des BND erhalten.
- 15 ○ Der BND darf keine Informationen anderer Geheimdienste verwerten, die  
16 er nicht selbst auf die gleiche Weise hätte erlangen dürfen.

17  
18 # Der Gesetzesentwurf soll bis zum Jahreswechsel in Kraft treten; wird allerdings noch  
19 beraten? [https://netzpolitik.org/2016/das-neue-bnd-gesetz-alles-was-der-bnd-macht-](https://netzpolitik.org/2016/das-neue-bnd-gesetz-alles-was-der-bnd-macht-wird-einfach-legalisiert-und-sogar-noch-ausgeweitet/)  
20 [wird-einfach-legalisiert-und-sogar-noch-ausgeweitet/](https://netzpolitik.org/2016/das-neue-bnd-gesetz-alles-was-der-bnd-macht-wird-einfach-legalisiert-und-sogar-noch-ausgeweitet/)

21  
22 # Grundsätzliches wie: Grundrechte, Sex, Gesellschaft, Verfassung

- 23 ● Die informationelle Selbstbestimmung soll als eigenständiges Grundrecht im  
24 Grundgesetz verankert werden:
  - 25 ○ Eine Vorratsdatenspeicherung muss diesem Grundrecht entsprechend  
26 ebenso ausgeschlossen bleiben wie der Ausweiszwang beim Kauf von  
27 Prepaidkarten.
  - 28 ○ Telekommunikationsüberwachungen sollen auch weiterhin nur punktuell  
29 und nur mit richterlicher Anordnung erlaubt sein.
  - 30 ○ (Anonyme) Kommunikation ist kein Verbrechen.

31  
32 Die Bevorzugung von romantischen Zweierbeziehungen gegenüber anderen Formen des  
33 Zusammenlebens soll abgeschafft werden oder die Ehe wenigstens für möglichst viele  
34 weitere Gruppen, insbesondere auch gleichgeschlechtliche Paare, geöffnet werden.  
35 Dabei soll weiterhin besonderen Vertrauensverhältnissen bspw. durch  
36 Aussageverweigerungsrechte Rechnung getragen werden können.

37  
38 Die sexuelle Identität soll in den Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 3) des Grundgesetzes  
39 aufgenommen werden, damit ihretwegen niemand benachteiligt werden darf.

40  
41 Ein Einsatz der Bundeswehr im Inneren soll ausgeschlossen bleiben. Der Putschversuch  
42 in der Türkei zeigt, dass Militäreinsätze im Inneren nicht einmal den Anschein der  
43 Rechtmäßigkeit haben dürfen.

## 44 **Asyl & Migration**

45  
46  
47 Wir fordern:

48 Jede\*r, der\*die auf längere oder unbestimmte Zeit in Deutschland leben will oder muss,  
49 bspw. um hier zu arbeiten, zu studieren oder Schutz zu suchen, soll die gleichen Rechte

1 und Pflichten haben, wie die Eingeborenen und legal einreisen dürfen. Das  
2 Staatsangehörigkeitsgesetz ist entsprechend anzupassen.

3  
4 Auf dem Weg dahin fordern wir:

- 5 • Die massiven Asylrechtsverschärfungen seit den 90er Jahren, mit denen immer  
6 wieder rechtem Terror nachgegeben wurde, sollen zurückgenommen werden.  
7 Das Grundgesetz soll das Recht auf Schutz vor Verfolgung, Krieg und  
8 menschenunwürdiger Not ohne Einschränkung garantieren.
- 9 • Alle Abschiebungen sollen gestoppt werden. Ausländische Straftäter müssen  
10 genauso behandelt werden wie deutsche. Eine Doppelbestrafung über das  
11 Aufenthaltsrecht zusätzlich zum normalen Strafrecht darf nicht stattfinden.
- 12 • Staatliche Krankenversicherungen sollen auch für Geflüchtete und Zugezogene  
13 verfügbar sein, damit sie nicht wie bisher erst zum Arzt gehen können, wenn es  
14 fast zu spät ist und sie eine Genehmigung vom Sozialamt erhalten.
- 15 • Sozialleistungen bzw. das einzuführende bedingungslose Grundeinkommen  
16 sollen für Geflüchtete und Zugezogene ebenso verfügbar sein, wie für Deutsche.
- 17 • Die Residenzpflicht soll abgeschafft werden. Jede\*r soll die freie Wahl einer  
18 menschenwürdigen Unterkunft haben.
- 19 • Geflüchtete und Zugezogene sollen ebenso wie Deutsche nach dem Grundsatz  
20 Fördern statt Fordern behandelt werden, das schließt jede Form von Sanktionen  
21 wegen angeblich mangelnder Integration aus ebenso wie Zwangsarbeit.
- 22 • Unabhängig vom Aufenthaltsstatus muss es für alle Menschen in Deutschland ein  
23 bedarfsgerechtes und qualifiziertes Beratungs- und Unterstützungsangebot  
24 geben, um jeder\*m ein gutes und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dazu  
25 gehören politische Bildung und ein flächendecktes Angebot von Sprachkursen,  
26 ebenso wie der Ausbau psychosozialer Hilfsangebote und ausreichende  
27 Möglichkeiten für individuelle Betreuung.
- 28 • Geflüchtete und Zugezogene sollen gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt, zu  
29 Bildung und (politischer) Kommunikation erhalten wie Deutsche.
- 30 • Ausländische Abschlüsse sind generell anzuerkennen.
- 31 • Mehrere Staatsbürgerschaften sollen auch weiterhin und ohne Beschränkungen  
32 möglich sein.
- 33 • Selbstorganisationen von Geflüchtete und Zugezogene sollen von Bundestag und  
34 Bundesregierung bei jeder Veränderung des Asylrechts angehört werden  
35 müssen. Eine bundesweite Selbstorganisation von Geflüchteten ist dabei zu  
36 unterstützen.
- 37 • Die Bundesregierung soll sich für die Abschaffung der EU-Richtlinie einsetzen,  
38 die es gerade Menschen auf der Flucht unmöglich macht, sicher bspw. mit dem  
39 Flugzeug in die EU einzureisen. Diese EU-Richtlinie verpflichtet  
40 Transportunternehmen dazu, die Einreiseerlaubnis zu kontrollieren und damit  
41 faktisch anstatt von Gerichten über das Recht auf Asyl zu entscheiden. Bis zu  
42 ihrer Abschaffung soll die Richtlinie keine Anwendung mehr finden.
- 43 • Geflüchtete und Zugezogene sollen das Recht erhalten, sich nicht nur in der  
44 Bundesrepublik, sondern auch in der EU frei zu bewegen und sich ihren Wohnort  
45 frei zu wählen. Auch dafür braucht es gemeinsame europäische Sozialstandards.

46  
47 **Europa- & Außenpolitik**



## 1 # EU-Politik

- 2 • Das Europaparlament soll das maßgebliche Gremium innerhalb der EU werden.
  - 3 ○ Das Europaparlament soll statt durch 27 nationale Wahlen durch eine
  - 4 gemeinsame europäische Wahl zustandekommen, bei der bspw. deutsche
  - 5 Wähler\*innen auch französische Abgeordnete wählen können.
  - 6 ○ Die Wahl zum Europaparlament muss streng nach Verhältniswahlrecht
  - 7 organisiert werden, sodass jede Stimme gleiches Gewicht erhält.
  - 8 ○ Die Europäische Union muss neben einer Wirtschafts- auch eine
  - 9 Sozialunion werden, um der immer größer werdende Ungleichheit der
  - 10 Lebensverhältnisse in der EU entgegenzuwirken. Dazu gehören
  - 11 gemeinsame Sozialstandards, insbesondere auch für den Umgang mit
  - 12 Geflüchteten. # Nimm das, Ungarn!
  - 13 ○ Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sollen nach dem Vorbild von
  - 14 ARTE eine gemeinsame Öffentlichkeit durch gemeinsamen Rundfunk
  - 15 schaffen.

16

## 17 # Allgemeine Außenpolitik

- 18 • Die Bundesregierung soll sich für die Festsetzung und Einhaltung internationaler
- 19 Klimaziele und Standards zum Umwelt- wie Klimaschutz einsetzen. Zu ihrer
- 20 Umsetzung und zur Bewältigung der bereits für viele Menschen spürbaren
- 21 negativen Folgen von Klimawandel und Umweltzerstörung braucht es aber auch
- 22 internationale Unterstützung aus reichen Ländern wie Deutschland.
- 23 • An die Stelle einer profitorientierten, eigennützigen Entwicklungshilfe soll eine
- 24 wirtschaftliche Zusammenarbeit treten, die auf die Wahrung von
- 25 Menschenrechten, Mitbestimmung sowie auf Teilhabe am Wohlstand der Welt
- 26 für jede\*n gerichtet ist.
- 27 • Entsprechend sollen auch die Freihandelsabkommen der EU insbesondere mit
- 28 afrikanischen Staaten ersetzt werden durch Verträge, die wirtschaftliche
- 29 Zusammenarbeit ermöglichen und den Ausbau sozialer Standards und
- 30 demokratische Mitbestimmung vorantreiben, statt zu behindern.
- 31 • Gemeinsame Projekte zur wirtschaftlichen oder politischen Zusammenarbeit mit
- 32 Ländern, deren Menschenrechtssituation ungenügend ist, sollen stets an
- 33 Maßnahmen zur Verbesserung dieser Situation gekoppelt werden.
- 34 • Eine mittelbare oder unmittelbare Förderung von oder Zusammenarbeit mit den
- 35 Sicherheitsbehörden von Staaten, die den Prinzipien eines demokratischen
- 36 Rechtsstaates nicht genügen, soll grundsätzlich ausgeschlossen werden. Es sei
- 37 denn diese Zusammenarbeit ist gerade auf die Einrichtung eines demokratischen
- 38 Rechtsstaates gerichtet.

39

## 40 # Friedenspolitik statt Isolationismus

- 41 • Statt bewaffnete Konflikte zu ignorieren, soll die Bundesrepublik einseitig Partei
- 42 ergreifen für eine Friedensordnung, die Menschenrechte, Mitbestimmung und
- 43 Teilhabe am Wohlstand wahrt. Dabei muss sie diejenigen unterstützen, die gegen
- 44 Menschenrechtsverletzungen ankämpfen oder von diesen betroffen sind. Hierfür
- 45 muss sich Deutschland auch in internationalen Organisationen einsetzen, statt
- 46 sich in einen bequemen Isolationismus zu flüchten
- 47 • Menschen, die unter den Folgen bewaffneter Konflikte zu leiden haben, dürfen
- 48 nicht allein gelassen werden. Sie brauchen internationale, auch deutsche

1 Unterstützung als Soforthilfe, um ihr bloßes Überleben zu sichern, aber auch  
2 langfristige, zivile Unterstützung beim Wiederaufbau und bei der Schaffung einer  
3 dauerhaften, menschengerechten Friedensordnung.

- 4 • # gemeint sind bspw. Rosinenbomber über Aleppo, aber auch langfristige  
5 Brunnenbohreinsätze, statt einmal kaputt gebombte Länder einfach wieder zu  
6 verlassen und dabei insbesondere zivile Aufbauhilfe zu vernachlässigen
- 7 • Jede Form von Rüstungsverkäufen, also das Verdienen an bewaffneten  
8 Konflikten, soll verboten werden.
- 9 • # Das schließt nicht aus, bspw. kurdischen Gruppen zur Verfügung zu stellen, was  
10 sie benötigen, um ihre Ermordung durch den Islamischen Staat zu verhindern.

## 13 **A2 Der Landesverband und Crabgrass**

14 *Antragssteller\*Innen: linksjugend ['solid] Ortsgruppe Magdeburg*

16 Antragstext: Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen, dass der LSPR auf  
17 Crabgrass eine linksjugend ['solid] LSA Seite anfertigt und mindestens  
18 jegliche Protokolle sowie Newsletter dort zur Verfügung stellt.  
19 Mitglieder des Landesverband Sachsen-Anhalt sollen auf diese Gruppe  
20 Zugriff erhalten. Des weiteren ist eine Einführung in Crabgrass durch  
21 Veranstaltungen oder einen Podcast sicherzustellen.

### 23 Begründung:

25 Neue Mitglieder\*Innen können kaum nachvollziehen, wie welche  
26 Entscheidungen zustande kamen, da offene und leicht zugängliche  
27 Archivierungsstrukturen nicht existieren.

28 Dies ist sicherlich der fehlenden eigenen Serverstrukturen verschuldet,  
29 welche es allgemein sehr schwierig gestaltet Daten zu sammeln, ohne  
30 dabei Organisationen seine interne Struktur auf dem silbernen Tablet  
31 offen darzulegen.

32 Hier soll der LSPR und somit der Landesverband mit gutem Beispiel  
33 vorangehen und an der eigenen Transparenz arbeiten, Crabgrass als  
34 Angebot von riseup bietet vielen linken Strukturen eine Plattform,  
35 welche es uns ermöglicht Hierarchien abzubauen.

36 Mehr über Crabgrass? Hier: <https://crabgrass.riseup.net/>

## 40 **A3 Festivalbändchen auf dem LJT**

41 *Antragssteller\*Innen: linksjugend ['solid] Ortsgruppe Magdeburg*

43 Antragstext: Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen, dass auf dem  
44 Landesjugendtreffen 2017 Festivalbändchen für die Teilnahme produziert  
45 und an teilnehmende Personen verteilt werden.

### 47 Begründung:

1 Erfolgt mündlich.

2  
3

#### 4 **A4 Verwendung von Open Slides**

5 *Antragssteller\*Innen: linksjugend ['solid] Ortsgruppe Magdeburg*

6

7 Antragstext: Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen, dass auf mindestens  
8 einer Landesmitgliederversammlung im Jahr 2017 Open Slides als  
9 Erweiterung dieser genutzt wird.

10 Dafür wird innerhalb des Landesprecher\*Innenrates mindestens eine  
11 hauptverantwortliche Person gewählt, welche die Ausstattung der LMV mit  
12 Open Slides vorantreibt, betreut und vorher in seiner Funktionsweise  
13 austestet.

14 Begründung:

15

16 Was haben der Bundeskongress der Grünen Jugend, Bundes-, Landes- und  
17 Kreisparteitage der Piratenpartei, die Sächsische Landesärztekammer und  
18 Landesparteitage der Grünen in Hessen und Hamburg gemeinsam? Sie alle  
19 nutzen Open Slides als Möglichkeit Partizipation zu gewährleisten.

20 Die linksjugend ['solid] ob Bundesverband oder auf Landesebene hinkt  
21 netzpolitisch vielen Möglichkeiten hinterher und verharrt in starren  
22 altbackenen Strukturen. Um neue Organisationsmöglichkeiten gerade  
23 auch innerhalb der Gesellschaft zu stärken, benötigt es Erfahrung. Diese  
24 kann durch Tests frei zugänglicher Software gesammelt werden, warum also  
25 nicht ausprobieren?

26 Sollten solch Projekte scheitern, erweitern sie zumindest unseren  
27 Erfahrungsschatz.

28 Doch was bringt uns nun Open Slides?

29 Es ist ein begleitendes nicht ersetzendes Mittel zur Erweiterung einer  
30 schon bestehenden Art und Weise, wie eine LMV stattfindet.

31 Es dient der Partizipation, wenn Personen z.B. nicht oder nur zu  
32 bestimmten Uhrzeiten teilnehmen können.

33 Es kann jederzeit eingesehen werden, welche Anträge wie angenommen  
34 wurden und Nachfragen im großen Stil ist nicht mehr nötig.

35 Durch eine Echtzeitverwaltung von Open Slides kann auch gewährleistet  
36 werden, dass alle Personen live verfolgen können, wann welcher Antrag  
37 zeitlich angesetzt ist.

38 Es dient der Transparenz.

39

40 Mehr Infos hier: <https://openslides.org/>

41 Mal ausprobieren? Kein Problem, hier: <https://demo.openslides.org/login/>

42

43

#### 44 **A5 Weltraum**

45 *Antragssteller\*Innen: linksjugend ['solid] Ortsgruppe Magdeburg*

46

47 Antragstext: Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen, dass der LSPR auf  
48 dem LJT 2017 mindestens eine Veranstaltung zu mindestens einer der folgenden  
49 Themen anbietet:

1 **Weltraumrecht**  
2 **Weltraumerforschung und Nachhaltigkeit**  
3 **Weltraum und Entwicklungen im privaten Sektor**  
4 **Weltraum und Realpolitik**

5 Begründung:

6  
7 Mündlich

8  
9  
10 **A6 (LJT-)Veranstaltungen**

11 *Antragssteller: Michael Waßmann*

12  
13 Die LMV möge beschließen:

14  
15 Nach Möglichkeit zum nächsten Landesjugendtreffen, aber „zur Not“ auch zu einer  
16 anderen Gelegenheit, soll es Veranstaltungen

- 17 • zum Thema Arbeitnehmer\*innenrechte
- 18 • in Zusammenarbeit mit dem kommunalpolitischen Forum
- 19 • in Zusammenarbeit mit der BAG Kritische Polizistinnen und Polizisten
- 20 • geben.

21  
22 Begründung:

23  
24 Arbeitnehmer\*innenrechte sind ein wichtiges, aber leider auch vernachlässigtes Feld  
25 politischer Bildung und selbst wenn sie nicht jede\*r von uns unmittelbar selbst in  
26 Anspruch nehmen kann oder wird, ist es wichtig, auf Grundlage dieses Wissens das  
27 (gewerkschaftlich organisierte) Einfordern bzw. Ausbauen von  
28 Arbeitnehmer\*innenrechten (politisch) unterstützen zu können.

29 Das kommunalpolitische Forum hatte sich als Partnerin für gemeinsame  
30 Veranstaltungen angeboten, weil auch viele Mitglieder des Jugendverbandes  
31 Kommunalpolitik machen, in Stadt- und Ortschaftsräten sitzen oder auf diese Weise  
32 Politik beeinflussen wollen.

33 Die BAG Kritische Polizistinnen und Polizisten (eigene Schreibweise) ist mehrfach durch  
34 sinnvolle Forderungen zur Organisation der Polizei aufgefallen und bietet eine  
35 interessante, kritische „Innenaufnahme“ der Polizei, über die in der Linksjugend zwar  
36 sehr gerne gesprochen wird, aber (zu Recht) nur sehr ungern mit ihr.

37  
38  
39 **A7 Frühlings-LMV**

40 *Antragssteller: Michael Waßmann*

41  
42 Die LMV möge beschließen:

43  
44 Ab 2017 bis zum Kommunismus soll es zwei Landesmitgliederversammlung im Jahr  
45 geben: Eine Frühlings- und eine Herbst-LMV. Der LSpR soll nach Möglichkeit die  
46 Ausgestaltung der Herbst-LMV als „Orga-LMV“ inklusive Wahlen, Aufträgen für den  
47 neuen LSpR und Planungen fürs nächste Jahr, sowie der Frühlings-LMV als „Inhalts-  
48 LMV“ inklusive Diskussionsveranstaltungen und Kampfabstimmungen fördern.

1 Begründung:

2 Damit, dass die Frühlings-LMV zum Regelfall wird, würde offizielle Beschlusslage, was  
3 nach den Sonder-LMVen 2015 und 2016 einerseits bewährt und andererseits notwendig  
4 erscheint, immerhin waren beide gut gefüllt mit Diskussionsbedarf und Anträgen.  
5 Zwar ist es möglich, dass für manche Mitglieder der Besuch beider LMVen nicht möglich  
6 ist, aber eine Trennung in „Grundsatzdebatte“ und „konkrete Planung des nächsten  
7 Jahres“ würde den Schwund politischen Einflusses zumindest reduzieren. Im Übrigen  
8 ließen sich auch entsprechende Prioritäten bei der Teilnahme setzen. Je nach dem, ob  
9 man lieber über die Frage diskutiert, ob der IS als Islamischer Staat, sogenannter  
10 islamischer Staat oder Daesh zu bezeichnen sei - oder über die Frage, ob Bier in  
11 Glasflaschen, Pappbechern oder biologisch abbaubaren Plastikbechern auszugeben sei.  
12 (und das sind echte Beispiele, die in erstaunlicher Länge und erstaunlich  
13 leidenschaftlich diskutiert wurden, was davon Organisatorisches und was  
14 Grundsatzdebatte sei, vermag ich aber nicht zu sagen)

15  
16 Darüber hinaus ermöglicht eine zweite LMV eine bessere Rückkoppelung zwischen  
17 Mitgliedschaft und LSPR bzw. anderen Gewählten, indem diese der peinlichen Befragung  
18 unterzogen kritisiert, ab- und nachgewählt, aber auch in ihrem Kurs bestärkt werden  
19 können oder sich für schwierige Entscheidungen oder wichtige Positionierungen  
20 leichter ein Votum der Mitgliedschaft einholen können.

21  
22 Auch schafft eine zweite LMV nicht nur mehr, sondern auch neue Möglichkeiten neben  
23 Bildungsveranstaltungen wie dem LJT und der mit Wahlen gefüllten Herbst-LMV ins  
24 Gespräch bzw. die Diskussion zu kommen.

25  
26 Die inhaltliche Ausgestaltung hängt aber natürlich letztlich von der Antragslage und der  
27 Diskussionsfreude der Versammelten ab. Der LSPR kann und soll das nicht verhindern.

28  
29

30 **A8 Wird es einen Audiomitschnitt geben?**

31 *Antragssteller\*Innen: linksjugend ['solid] Ortsgruppe Magdeburg*

32  
33 Antragstext: Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen, dass sofern möglich  
34 alle Veranstaltungen auf Landesebene in Audio aufgenommen werden. Dafür  
35 soll entsprechendes Equipment gekauft und z.B. auch für lokale Gruppen  
36 bereitgestellt werden. Sollten die vortragenden Personen gegen einen Audiomitschnitt  
37 sein, sollte dies genauso wie der Schutz des Publikums berücksichtigt werden. Diese  
38 Podcasts werden nach Bearbeitung innerhalb eines RSS Feeds angelegt und zur  
39 Verfügung für jede interessierte Person bereitgestellt.

40  
41 Für diese Aufgaben soll innerhalb des LSPR mindestens eine Person als  
42 Beauftragte\*r bestimmt werden.

43  
44 Begründung:

45  
46 Mit der Zeit entstehen innerhalb der linksjugend ['solid] gerade auch auf Landesebene  
47 Wissenshierarchien, welche durch Versuche immer wiederkehrender Veranstaltungen  
48 zu Grundwissen und anderen Themen angegangen werden. Diese Zeit kann teilweise  
49 durch Vertiefungsmöglichkeiten und Diskussionen besser genutzt werden. Podcasts

1 können dieser Möglichkeit dienlich sein und Wissen einer breiten Öffentlichkeit zur  
2 Verfügung stellen. Ob linksjugend ['solid] oder nicht, letztendlich wirbt eine solche  
3 Öffentlichkeit auch für die Arbeit innerhalb unseres Jugendverbands und hilft bei einer  
4 grundlegenden Umstrukturierung von Gesellschaft.  
5  
6

## 7 7. KANDIDATUREN

### 8 EIN\*E JUGENDKANDIDAT\*IN FÜR DIE LANDESLISTE DER PARTEI DIE LINKE FÜR DIE 9 BUNDESTAGSWAHL 2017

10  
11 **Beschreibung:** *Auch für die Bundestagswahl 2017 soll es wieder eine Jugendkandidatur  
12 geben, nicht nur um die Perspektive junger Linker in den Bundestagswahlkampf und  
13 möglicherweise sogar in den Bundestag zu bringen, sondern auch um die Themen stark zu  
14 machen, die unserem Verband wichtig sind. Die Linksjugend kann hier allerdings einer  
15 Person nur ihre Unterstützung aussprechen, ob diese tatsächlich einen (aussichtsreichen)  
16 Listenplatz erhält, entscheidet die Partei bzw. die Vertreter\*innenversammlung.*  
17

18 **Schillinger, Pia**

19 *(Bewerbungstext folgt)*  
20  
21

### 22 X MITGLIEDER DES LANDESSPRECHER\*INNENRATES

23  
24 **Beschreibung:** *Der LSpR ist der Vorstand des Landesverbandes. Er besteht aus jeweils  
25 gleichberechtigten Mitgliedern und dem/der Landesschatzmeister/in. Die Sicherung der  
26 Mindestquotierung von 50% Frauen\*anteil ist obligatorisch. Der LSpR kümmert sich um  
27 die Umsetzung des politischen Programms hier in Sachsen-Anhalt. Das sind z.B. die  
28 Kampagnen die auf der Landesmitgliederversammlung beschlossen wurden,  
29 organisatorische Aufgaben oder aktuelle politische Angelegenheiten (z.B.  
30 Pressemitteilungen, Texte für die Seite). Gewählt wird der LSpR für ein Jahr.*  
31

32 **Schillinger, Pia**

33 *(Bewerbungstext folgt)*  
34  
35

### 36 1 JUGENDPOLITISCHE\*R SPRECHER\*IN

37  
38 **Beschreibung:** *Der\*die JuPo ist der Vorschlag des Jugendverbandes für eine\*n  
39 Vertreter\*in im Landesvorstand der Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt. Dieser wird im  
40 Mai für zwei Jahre neu gewählt und tritt wenigstens monatlich, in Wahlkampfzeiten  
41 aber auch deutlich öfter zusammen. Wichtig ist, Informationen in beide Richtungen  
42 fließen zu lassen, also sowohl über die Vorgänge im Jugendverband als auch im  
43 Landesvorstand bescheid zu wissen, aber auch, den Verband inhaltlich vertreten zu  
44 können.*  
45

46 **Schillinger, Pia**

47 *(Bewerbungstext folgt)*

1 2 DELEGIERTE FÜR DEN LÄNDERRAT DER LINKSJUGEND [‘SOLID]

2  
3 **Beschreibung:** Der Länderrat besteht aus jeweils 2 Delegierten aus jedem  
4 Landesverband der linksjugend [‘solid], die quotiert gewählt werden. Der Länderrat  
5 trifft sich ungefähr x-mal im Jahr und kontrolliert den Bundessprecher\*innenrat und  
6 berät Angelegenheiten der einzelnen Landesverbände sowie des Bundesverbandes.  
7

8 **Hierfür liegt bisher noch keine Kandidatur vor!**  
9

10  
11 10 DELEGIERTE FÜR DEN BUNDESKONGRESS DER LINKSJUGEND [‘SOLID]

12  
13 **Beschreibung:** Der Bundeskongress ist das höchste beschlussfassende Gremium der  
14 linksjugend [‘solid]. Hier wird der Bundessprecher\*innenrat gewählt, inhaltliche  
15 Beschlüsse gefasst oder die Satzung verändert, nach der sich auch die Landesverbände  
16 richten müssen. Er findet meist jeden Frühling in jeweils einem anderem Ort statt.  
17 Sachsen-Anhalt entsendet 10 Delegierte, die ebenfalls quotiert gewählt werden - d.h. die  
18 Delegation muss einen Frauen\*anteil von mindestens 50% aufweisen.  
19

20 **Hierfür liegt bisher noch keine Kandidatur vor!**  
21

22  
23 2 DELEGIERTE FÜR DEN LANDESPARTEITAG DER PARTEI DIE LINKE. SACHSEN-ANHALT

24  
25 **Beschreibung:** Der Landesparteitag ist das höchste beschlussfassende Gremium der  
26 Partei Die LINKE. Da die linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt als Jugendverband an die  
27 Partei angegliedert ist, können wir 2 Delegierte auf die jeweiligen Landesparteitage  
28 entsenden. Die Delegierten haben volles Stimm- und Antragsrecht und werden für ein  
29 Jahr gewählt. Auch hier gilt natürlich eine Quotierung von 50%.  
30

31 **Hierfür liegt bisher noch keine Kandidatur vor!**  
32

33  
34 2 MITGLIEDER DES LANDESAUSSCHUSSES DER PARTEI DIE LINKE. SACHSEN-ANHALT

35  
36 **Beschreibung:** Der Landesausschuss der Partei Die LINKE ist ähnlich wie der Länderrat  
37 der linksjugend [‘solid] das Gremium, welches den Landesvorstand der Partei in  
38 Sachsen-Anhalt kontrollieren soll. Als Jugendverband haben wir auch hier 2 Delegierte,  
39 die wir quotiert für ein Jahr wählen.  
40

41 **Hierfür liegt bisher noch keine Kandidatur vor!**  
42  
43  
44  
45  
46  
47

## 8. WEITERES

### 3 **Anmeldung**

4 Um ein wenig Planungssicherheit zu haben und auch Unterbringungsmöglichkeiten für  
5 euch sichern zu können, solltet ihr Euch unbedingt so schnell es geht anmelden.

7 Da unser Kontaktformular gerade immernoch spinnt, meldet euch bitte via  
8 [kontakt@linksjugend-lsa.de](mailto:kontakt@linksjugend-lsa.de) an

### 10 **Was muss ich bei Anträgen beachten?**

11 Bei Anträgen ist nicht sonderlich viel zu beachten – Es muss eindeutig zu erkennen sein,  
12 was euer Anliegen ist und ob weitere Aufgabenstellungen für die Zukunft verbunden  
13 sind. Außerdem ist es immer vom Vorteil, Unterstützer\*innen für einen Antrag zu haben  
14 und diese auch zu benennen, sofern diese es wünschen.

### 16 **Anreise**

17 XXX

### 19 **Abkürzungsverzeichnis**

20 AKL – Antikapitalistische Linke

21 BAK – Bundesarbeitskreis

22 BAG - Bundesarbeitsgemeinschaft

23 BSpR – Bundessprecher\*innenrat

24 BuVo – Bundesvorstand des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS

25 BuKo – Bundeskongress (bei Linksjugend und Studierendenverband gleich)

26 Juko – Jugendkoordinator

27 JupO – Jugendpolitischer Sprecher im Landesvorstand

28 KV – Kreisverband

29 LPT – Landesparteitag

30 LaVo – Landesvorstand DIE LINKE

31 LSpR – Landessprecher\*innenrat

32 LR – Länderrat

33 LA – Landesausschuss

34 LAK – Landesarbeitskreis

35 LAG – Landesarbeitsgemeinschaft (DIE LINKE)

36 LTF – Landtagsfraktion

37 LMV – gaaaaanz Wichtig: Landesmitgliederversammlung

38 LPT – Landesparteitag

39 RPJ – Ring politischer Jugend

40 SV – Stadtverband

### 42 **Kontakt**

43 Linksjugend [solid] Sachsen-Anhalt

44 Ebendorfer Str. 3

45 39108 Magdeburg



- 1 Öffnungszeiten des Jugendbüros
- 2 Mo - Do 10 – 17 Uhr
- 3 Fr 10 – 14 Uhr oder
- 4 nach Vereinbarung
- 5
- 6 Tel.: 0391 7324961
- 7 Mobil: 0176 31493592
- 8 E-Mail [kontakt@linksjugend-lsa.de](mailto:kontakt@linksjugend-lsa.de)
- 9 Homepage: [www.linksjugend-lsa.de](http://www.linksjugend-lsa.de)
- 10 Facebook: [facebook.com/linksjugendLSA](https://www.facebook.com/linksjugendLSA)
- 11 Twitter: [twitter.com/LinksjugendLSA](https://twitter.com/LinksjugendLSA)